

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Hans Kohler, Lutz
Reyher, Eugen Spitznagel

Zur voraussichtlichen Entwicklung des
Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland
im Jahre 1975

8. Jg./1975

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart: Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart: Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30: E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975

Anhang: Zur Beurteilung der weiteren Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

Autorengemeinschaft)*

Vorbemerkung

In der vorliegenden Modellrechnung wird aufgezeigt, mit welchen Veränderungen der wichtigsten Arbeitsmarktaggregate im Jahre 1975 unter bestimmten Annahmen zu rechnen ist. In einer „Grundprognose“ wird — der jüngsten Vorausschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung folgend und in Übereinstimmung mit der gegenwärtig vorherrschenden Meinung — von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2 % im Jahre 1975 ausgegangen. Dies entspricht auch der Einschätzung der Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1975.

Unterstellt wird weiterhin insbesondere, daß sich die Reaktionen der Beteiligten am Arbeitsmarkt auf gegebene wirtschaftliche Konstellationen gegenüber den zuletzt beobachteten nicht wesentlich verändern werden; dies bezieht sich insbesondere auf die Verteilung des zu erwartenden Beschäftigungsrückgangs auf Arbeitslose, Stille Reserven und Rückwanderungen von ausländischen Arbeitnehmern in ihre Heimatländer. Hauptzweck dieser Untersuchung ist, durch das Aufzeigen der vielfältigen Bedingtheiten und der gegenseitigen Abhängigkeiten der Aggregate voneinander auch Ansatzpunkte und Spielräume für Steuerungseingriffe aus arbeitsmarktpolitischer Sicht herauszuarbeiten.

Es sei ausdrücklich betont, daß die hier vorgelegten Berechnungen und Überlegungen der unterzeichneten Autoren keine offizielle Prognose der Bundesanstalt für Arbeit darstellen.

Die Untersuchung wurde im IAB durchgeführt.

Ergebnisse

Im Jahre 1974 haben Beschäftigungsabbau, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit das ganze Jahr über zugenommen. Zum Jahresende dürften — abgesehen von der üblichen Saisonkomponente — nur 94 % des potentiellen Arbeitsvolumens in Anspruch genommen worden sein. Wie lange und mit welcher Intensität sich diese Entwicklung über die Jahreswende hinaus fortsetzen wird, läßt sich gegenwärtig nur mit großen Einschränkungen abschätzen, zumal heute nicht abzusehen ist, ob und gegebenenfalls welche weiteren Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft bzw. zur direkten Förderung des Arbeitsmarktes hinzutreten werden.

Nach dem Jahresgutachten 1974/75 des Sachverständigenrates wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen 1975 um 2 % zunehmen (1. Halbjahr \pm 0 %, 2. Halbjahr + 3½ %).

Bei einer Zunahme der Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) um 4½ % (1. Halbjahr 4 %, 2. Halbjahr 4½ %) resultiert hieraus ein Rückgang des erforderlichen Arbeitsvolumens um 2,7 % (1. Halbjahr —4,1 %, 2. Halbjahr —1,2 %). Unter der Annahme, daß auch im 1. Halbjahr 1975 Kurzarbeit stark in Anspruch genommen wird, errechnet sich ein Rückgang der Erwerbstätigen um insgesamt 1,9 % oder ca. 490 000 Personen (1. Halbjahr —680 000 Personen, 2. Halbjahr —300 000 Personen).

Das deutsche Erwerbspersonenpotential geht 1975 nur noch geringfügig um 20 000 Personen zurück (1. Halbjahr —40 000, 2. Halbjahr \pm 0); von 1976 an ist — anders als in den letzten Jahren, als ein vorübergehender konjunktureller Arbeitskräfteüberschuß teilweise durch gleichzeitigen Potentialrückgang ausgeglichen werden konnte — wieder mit einem Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials zu rechnen. Wachstumsschwächen werden sich deshalb in Zukunft weit stärker auf dem Arbeitsmarkt auswirken als in der Vergangenheit.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 1975 noch einmal ansteigen, und zwar nach unseren Schätzungen um ca. 230 000 auf ca. 800 000 Personen im Jahresdurchschnitt (Anstieg im 1. Halbjahr um 370 000 auf 900 000 Personen, im 2. Halbjahr um 90 000 auf 700 000 Personen). Dabei nimmt die Zahl der ausländischen Arbeitslosen überdurchschnittlich zu.

Auch die Stille Reserve wird im Jahresdurchschnitt 1975 ansteigen (um 70 000 auf über 300 000 Personen), im Zusammenhang mit den im letzten Jahr erkennbaren veränderten Verhaltensweisen jedoch nicht so stark, wie es aufgrund der Entwicklung 1966/67 zu erwarten gewesen wäre.

Bei den ausländischen Erwerbstätigen ist angesichts der Entwicklungstendenzen mit einem — im Verlauf des Jahres gleichmäßigen — Abbau um 250 000 Personen zu rechnen. Bei einem Jahresendstand von 2,1 Mio. Personen werden im Durchschnitt 1975 noch 2,2 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt sein. (Höchststand im 2. Halbjahr 1973: 2,6 Mio. Personen.) Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens wird im Jahresdurchschnitt 1975 knapp 95 % betragen.

Ein Überschuß im Arbeitskräfteangebot, der auf ein Defizit im gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempo zurückzuführen ist, birgt — bei gegenüber früher besserer Arbeitsplatzsicherung älterer

*) Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Hans Kohler, Lutz Reyher, Eugen Spitznagel; Anhang: Gerhard Kühlewind. Redaktionsschluß 10. 1. 1975.

Arbeitnehmer — insbesondere die Gefahr, daß der Übergang aus dem Bildungs- in das Beschäftigungssystem erschwert wird. Erste Anzeichen einer derartigen Entwicklung findet man bereits in den jüngsten Statistiken zur Struktur der Arbeitslosigkeit. Die im Anhang aufgeführten Informationen lassen erkennen, daß aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren eher eine Verschärfung des Problems der Eingliederung von Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu erwarten ist. Infolge einiger Sonderfaktoren wird 1975 diese Verschärfung eher beim Übergang von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt als beim Übergang von der Schule in die Ausbildung spürbar.

Gliederung

1. Einleitung
2. Rückblick auf das Jahr 1974
 - 2.1 Das Angebot an Arbeitskräften 1974
 - 2.2 Die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Arbeitsmarktbilanz 1974
3. Strukturelle Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung 1974
 - 3.1 Maßnahmen der beruflichen Bildung für Arbeitslose
 - 3.2 Kurzarbeit
 - 3.3 Ausländerbeschäftigung und arbeitslose Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
 - 3.4 Stille Reserve
 - 3.5 Zur Saisonbereinigung der Arbeitslosenzahlen
 - 3.6 Zur Entwicklung der Beschäftigung im Baugewerbe
 - 3.7 Zur Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie
4. Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1975
 - 4.1 Das Angebot an Arbeitskräften 1975
 - 4.2 Die Arbeitskräftenachfrage 1975
 - 4.2.1 Die Arbeitskräftenachfrage im 1. Halbjahr 1975
 - 4.2.2 Die Arbeitskräftenachfrage im 2. Halbjahr und im Jahr 1975 insgesamt
 - 4.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1975
 - 4.3.1 Die Arbeitsmarktbilanz im 1. Halbjahr 1975
 - 4.3.2 Die Arbeitsmarktbilanz im 2. Halbjahr und im Jahre 1975 insgesamt
5. Schlußbetrachtung
6. Anhang: Zur Beurteilung der weiteren Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit
 - 6.1 Ausgangssituation
 - 6.2 Bevölkerungsentwicklung
 - 6.3 Absolventen von allgemeinbildenden Schulen nach der Sekundarstufe I
 - 6.4 Absolventen der berufsbildenden Schulen
 - 6.5 Schlußfolgerungen
7. Tabellenanhang

1. Einleitung

Die von den drastischen Energie- und Rohstoffpreissteigerungen ausgelösten Struktur Anpassungen und die Bemühungen von Bundesregierung und Bundesbank, die weltweite Teuerungswelle abzuwehren, haben tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik hinterlassen. Die Zahl der Arbeitslosen hat 1974 ein Niveau erreicht, das hier zuletzt in den späten 50er Jahren registriert

worden war. 3,5 % des verfügbaren Arbeitsvolumens wurden im Jahresdurchschnitt 1974 nicht eingesetzt. Mehr noch beunruhigte die Entwicklungstendenz: Beschäftigungsabbau, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben das ganze Jahr über zugenommen. Zum Jahresende dürften — abgesehen von der üblichen Saisonkomponente — nur 94 % des potentiellen Arbeitsvolumens in Anspruch genommen worden sein. Wie lange und mit welcher Intensität sich diese Entwicklung über die Jahreswende hinaus fortsetzen wird, läßt sich gegenwärtig nur mit großen Einschränkungen abschätzen. Sicher ist der wirtschafts- und geldpolitische Kurswechsel: Die immer bedrohlicher werdende, offensichtlich nicht allenthalben so erwartete Entwicklung am Arbeitsmarkt hat dem Beschäftigungsgrad nun wieder mehr Gewicht im gesamten Zielebündel verschafft, als ihm lange Zeit zugemessen worden war. Unsicher bleibt dagegen vorerst noch — sieht man einmal von der labilen weltwirtschaftlichen Konstellation ab —, welche Impulse von den im Dezember in Kraft getretenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung in der Bundesrepublik und wichtigen Partnerländern sowie von Steuer- und Kindergeldreform direkt und indirekt auf Nachfrage, Produktion und letztlich auf den deutschen Arbeitsmarkt ausgehen werden. In den bislang hierzu erfolgten Äußerungen der Wirtschaft wie auch der Wirtschaftsforschungsinstitute überwiegt die Skepsis. Quantitative Prognoserevisionen liegen noch nicht vor.

Wie stets haben auch für das Jahr 1975 zu erstellende Prognosen konditionalen Charakter, zumal heute nicht abzusehen ist, ob und gegebenenfalls wann welche weiteren Maßnahmen hinzutreten werden, wenn die zunächst erhofften nachhaltigen Wirkungen ausbleiben sollten. Ist demnach der Unsicherheitsgrad in der Jahresprognose für 1975 heute noch beträchtlich, so läßt sich doch — bedenkt man die üblichen Wirkungsverzögerungen derartiger Maßnahmen — die Entwicklung bis etwa zur Jahresmitte 1975 auf der Grundlage bis zur Gegenwart beobachteter Tendenzen mit größerer Zuverlässigkeit abschätzen.

Dies gilt jedenfalls für die zentralen Aggregate des Arbeitsmarktes. Selbst wenn sich der gesamtwirtschaftliche Klimaumschwung rasch und intensiv durchsetzen und schon bald auf Nachfrage und Produktion durchschlagen sollte, wäre zunächst kaum mit spürbaren Auswirkungen auf Beschäftigungszahl und Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wie die Erfahrung zeigt, verfügen die Betriebe in einer derartigen Konjunkturphase einmal über beträchtliche „Produktivitätsreserven“: Steigen Nachfrage und Produktion nach längerer Unterauslastung wieder an, dann versuchen die Betriebe aller Erfahrung nach zunächst, den Anstieg der Produktion ohne Ausweitung des Beschäftigungsvolumens, also durch rationelleren Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte, zu bewältigen. Die Produktivität je eingesetzter Arbeitsstunde steigt schneller als üblich. Darüber hinaus stecken beträchtliche Reserven in der Arbeitszeitkomponente: Wurde in der vorangegangenen Abschwungphase die durchschnittliche Zahl von Arbeitsstunden je Beschäftigten in Anpassung an den rückläufigen

Bedarf an Arbeitsleistung durch Abbau von Überstunden, Kurzarbeit usw. reduziert, so läßt sich nun am Beginn eines Wiederaufschwungs umgekehrt durch die Rückkehr zur betriebsüblichen Arbeitszeit ebenfalls die Produktion ausweiten, ohne daß die Zahl von Beschäftigten erhöht werden müßte.

Inwieweit allerdings die zum Ende des abgelaufenen Jahres in Kraft getretenen Maßnahmen zur direkten Förderung des Arbeitsmarktes — Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen — wie erhofft zur Verkürzung von Wirkungsverzögerungen und damit zur Vorverlagerung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beitragen werden, ist bislang ungewiß.

Soweit sich die Beschäftigten zu vorzeitiger Realisierung geplanter Erweiterungen ihrer personellen Kapazitäten veranlaßt sehen, könnte dies im 1. Halbjahr 1975 kurzfristig in gewissem Umfang den Arbeitsmarkt entlasten: Es würden zusätzliche „Produktivitätsreserven“ entstehen, deren Auslastung aufgrund der gegenwärtig für 1975 erwartbaren Produktionsentwicklung allerdings frühestens im 2. Halbjahr möglich sein dürfte.

Fällt die Entwicklung der Nachfrage nach Gütern und Diensten andererseits noch ungünstiger aus als hier unterstellt, dann müßte mit noch stärkeren Ausschlägen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden, denn der weitere Abbau des Beschäftigungsvolumens schlägt dann, nachdem Produktivitätseinbußen und Arbeitszeitabbau ausgeschöpft sind, stärker auf die Beschäftigtenzahl durch (vgl. Abschnitt 5).

Wenn hier trotz all dieser Unwägbarkeiten dennoch von einer „Grundprognose“ für das Jahr 1975 ausgegangen wird — konkret sind es die Vorausschätzungen, die der Sachverständigenrat erst kürzlich veröffentlicht hat¹⁾ —, dann geschieht dies vor allem, um mit diesem konsistenten Rahmen die Abschätzung von Erfordernissen und Spielräumen für Steuerungseingriffe aus arbeitsmarktpolitischer Sicht zu erleichtern.

Nach wie vor stellt sich, zur Jahreswende 1974/75, die Frage nach Maßnahmen²⁾, die geeignet sind, gerechtere und damit gesellschaftlich erträglichere Formen und Verteilungen des erzwungenen Verzichts auf Arbeit und Einkommen herbeizuführen. Das jetzt erreichte Niveau der (registrierten) Arbeitslosigkeit (Ende 1974 rd. 950 000 Arbeitslose)³⁾ wird angesichts der heute überschaubaren Ziele und Chancen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum und angesichts der Entwicklung des inländischen Arbeitskräftepotentials wie auch der Struktur der Arbeitslosen nur sehr langsam wieder reduziert werden können, wenn nicht andere Möglichkeiten genutzt werden, das potentielle Arbeitsvolumen „zurückzunehmen“. Ermutigende und richtungsweisende Beispiele hierzu hat die Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen ihrer Kompetenzen im vergangenen Jahr gegeben (Kurzarbeit, Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitslose etc., vgl. Abschnitt 3).

Denkbar sind auch weitere, quantitativ weitaus stärker zu Buche schlagende Möglichkeiten gezielter Reduzierung des Arbeitspotentials, die im Einklang stehen könnten mit bereits fixierten Zielen und daher lediglich ein zeitliches

Vorziehen ohnehin vorgesehener Entwicklungen in Anpassung an die gegenwärtige, vorübergehende Arbeitsmarktschwäche bedeuten würden. Solche Möglichkeiten liegen vor allem am unteren wie am oberen Ende der „Alterspyramide“ der Erwerbspersonen — Verlängerung der Ausbildungsdauer bzw. frühere Beendigung der Erwerbstätigkeit —, außerdem, für das Gros der Erwerbstätigen, in den verschiedensten Formen der Arbeitszeitreduktion. Diese Alternativen zur Arbeitslosigkeit bedürfen dringend der Analyse bezüglich ihrer „Spielräume“, Kosten, Verteilungsaspekte, erforderlicher Programm- und Rechtsänderungen etc.

Auch der vorliegende Aufsatz kann und soll hierzu Materialien beisteuern. Sie ergeben sich z. T. aus dem Rückblick auf das vergangene Jahr, der hier aus diesem Grunde einen etwas breiteren Raum als sonst einnimmt.

In einem gesonderten Aufsatz wird an dieser Stelle in Kürze der Versuch unternommen, die tatsächlichen (Brutto-)Bewegungen am Arbeitsmarkt im Arbeitsmarkt-Kontensystem des IAB nachzuweisen, soweit dies mit den zur Verfügung stehenden Statistiken möglich ist. Damit sollen in erster Linie Ansatzpunkte für denkbare Steuerungseingriffe sowie die jeweils zu beachtenden Größenordnungen aufgezeigt werden.

In einem weiteren Beitrag folgt auch der Regionalteil der 75er Arbeitsmarkt-Prognose des IAB, in dem versucht wird, den regionalspezifischen Sonderproblemen der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage nachzugehen.

2. Rückblick auf das Jahr 1974

Zur Jahreswende 1973/74 war der voraussichtliche Wirtschaftsablauf im Jahre 1974 sehr schwer abzuschätzen, denn weder Charakter und Ausmaß noch kurzfristige Auswirkungen der Energiekrise auf Produktion und Beschäftigung ließen sich zum damaligen Zeitpunkt realistisch quantifizieren. Angesichts dieser Situation erschien es damals allein nützlich und gerechtfertigt, mit Hilfe von Modellrechnungen für alternative Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (im Umkreis der zu jener Zeit favorisierten „Null-Hypothese“) mutmaßliche Strukturen und Größenordnungen jeweiliger Arbeitsmarkt-Auswirkungen aufzuzeigen. Vergleicht man heute jene Modellrechnungen mit der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1974, dann ergibt sich folgendes Bild:

2.1 Das Angebot an Arbeitskräften 1974

- Vor einem Jahr wurde an dieser Stelle angenommen, daß das deutsche Erwerbspersonenpotential 1974 im Saldo um knapp 180 000 Personen abnehmen würde (+ 80 000 Personen durch Zunahme der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 25 000 Personen Abnahme durch Veränderungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur, 80 000 Personen Abnahme durch verstärkte Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze, 105 000 durch verlängerte Ausbildungszeiten sowie 45 000 Personen Abnahme durch den allgemeinen Rückgang der Erwerbsneigung).
- Aus heutiger Sicht muß demgegenüber davon ausgegangen werden, daß 1974 das deutsche Erwerbspersonenpotential lediglich um 120 000 Personen zurückging.
- Dieser Unterschied ist vor allem auf die zwischenzeitlich erfolgte Revision der amtlichen, durch das Statistische Bundesamt ausgewiesenen Erwerbstätigenzahlen für die Jahre 1971 bis 1973, die für unsere Berech-

¹⁾ Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1974/75, S. 108 ff.

²⁾ Vgl. Autorengemeinschaft: Alternativrechnungen zur Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes 1974, in MittAB Heft 4/73, S. 281 ff.

³⁾ Die tatsächliche Zahl von Personen (Bruttoströme), die auf mehr oder weniger lange Dauer innerhalb des Jahres 1974 unfreiwillig Arbeitslosigkeit mit all ihren Konsequenzen hinnehmen mußten, ist weitaus größer, wie die Statistiken des Arbeitslosenzugangs und der Arbeitsvermittlung erkennen lassen.

nungen stets zugrunde gelegt werden, zurückzuführen. Die nunmehr höheren effektiven Erwerbsquoten in diesen Jahren bedeuten zugleich verminderte Rückgänge des deutschen Erwerbspersonenpotentials.

Bei unveränderter Einschätzung der demographischen Veränderungen, der Entzugswirkungen durch verlängerte Ausbildungszeiten und des Einflusses der flexiblen Altersgrenze kommt dies einer schwächeren Abnahme der Erwerbsneigung gleich.

Geringfügige Veränderungen haben sich auch durch die nun abgeschlossene, nach Deutschen und Ausländern getrennte Rückrechnung der Wohnbevölkerung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1970 ergeben. Tabelle 1 (vgl. dazu Anhang) enthält gegenüber früher entsprechend veränderte Zeitreihen⁴⁾. Bei dem in Tabelle 1 ausgewiesenen ausländischen Erwerbspersonenpotential wurden darüber hinaus methodische Umstellungen vorgenommen, um einheitlich das „Inländerkonzept“ anzuwenden⁵⁾.

⁴⁾ Die Rückrechnung orientiert sich an den Veränderungsraten des Ausländerzentralregisters, aus dem nunmehr Daten über die ausländische Wohnbevölkerung seit 1967 zur Verfügung stehen, sowie an den Veränderungsraten der statistisch durch die BA erfaßten ausländischen Arbeitnehmer.

Für 1974 und 1975 wurde für die Angaben über die deutsche Wohnbevölkerung die 4. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung (Variante II) des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt. Die ausländische Wohnbevölkerung wurde über die ausländischen Erwerbspersonen mit Hilfe der fortgeschriebenen Erwerbsquoten geschätzt.

Die Neuberechnung zeigt gegenüber den früheren Schätzungen eine plausiblere Entwicklung der demographischen Komponente und der trendmäßigen Entwicklung der Erwerbsneigung (Tabelle 2). Die Volks- und Berufszählungen (als Eckdaten für die Entwicklung von Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen) sowie die Zeitreihe über ausländische Arbeitnehmer (als Grundlage für die Trennung von deutschen und ausländischen Erwerbspersonen) lassen sich jedoch, wie sich auch erkennen läßt, nicht nahtlos miteinander verknüpfen.

Insbesondere ist zu beachten, daß die Entwicklung der Erwerbsquote der Ausländer nicht überinterpretiert werden darf. Die außerordentlich hohen ausländischen Erwerbsquoten in den Jahren um 1970 könnten ebenso wie der gleichzeitige außerordentlich hohe trendmäßige Rückgang des deutschen Erwerbspersonenpotentials Konsequenz einer im Verhältnis zu den Erwerbspersonen zu hoch angenommenen deutschen und zu niedrig angenommenen ausländischen Wohnbevölkerung sein. Da jedoch empirische Anhaltspunkte über das genaue Ausmaß dieser möglichen Verzerrungen fehlen, wurde hier auf eine Korrektur verzichtet.

⁵⁾ Beim Inländerkonzept ist der Wohnort, beim Inlandskonzept der Beschäftigungsort maßgebend. Von den deutschen Erwerbspersonen nach dem Inländerkonzept müssen die Auspendler abgezogen werden, um die deutschen Erwerbspersonen nach dem Inlandskonzept zu errechnen; den ausländischen Erwerbspersonen nach dem Inländerkonzept müssen die Einpendler hinzugezählt werden, um die ausländischen Erwerbspersonen nach dem Inlandskonzept zu ermitteln. Insgesamt ist also der Pendler saldo (z. Z. ein Auspendlerüberschuß von ca. 60 000 Personen) zu berücksichtigen. Bei der Berechnung der Potentialerwerbsquoten, die sich ja auf die Wohnbevölkerung beziehen, ist zweckmäßigerweise auf das Inländerkonzept zurückzugreifen, während eine Prognose der Arbeitskräftenachfrage zunächst von Produktions- und Produktivitätsvorausschätzungen der einheimischen Wirtschaft und damit vom Inlandskonzept ausgehen muß. Für die Bilanz muß eine entsprechende Umrechnung erfolgen. Um das ausländische Erwerbspersonenpotential (nach dem Inländerkonzept) zu ermitteln, wurden von den ausländischen Arbeitnehmern (BA-Statistik) zunächst die ausländischen Einpendler abgezogen. Hinzugezählt wurden ausländische Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie arbeitslose Ausländer. Die so ermittelten ausländischen Erwerbspersonen wurden als ausländisches Erwerbspersonenpotential definiert, wobei es bei rückläufiger Beschäftigung für die Auslastungsrechnung sinnvoll ist, sich auf das ausländische Erwerbspersonenpotential des Vorjahres zu beziehen, um so die Nichtauslastung, die sich durch Rückwanderung ausländischer Erwerbspersonen ergibt, sichtbar zu machen.

⁶⁾ Im Jahre 1973 lag bei den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten die Zahl der Neuzugänge bei den Rentenanträgen um 210 000 über dem Niveau von 1972, während in den Jahren zuvor keine größeren Veränderungen zu verzeichnen waren. Wegen Vollendung des 62. und 63. Lebensjahres wurden 1973 bei diesen Versicherungen 125 000 Neuzugänge (bewilligte Rentenanträge) verzeichnet, gleichzeitig gingen jedoch die Neuzugänge bei Renten wegen Erwerbsunfähigkeit gegenüber 1972 um 18 000 zurück. Wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen Antragstellung und Rentenbewilligung und wegen der Möglichkeit, in gewissem Umfang auch weiterhin erwerbstätig zu sein, lassen sich diese Zahlen nicht ohne weiteres in einen Entzugseffekt umrechnen. Vgl. Bundestagsdrucksache 7/2721 vom 31. 10. 1974 (Rentenanpassungsbericht 1975). Zu berücksichtigen ist, daß bei Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze ein Entzugseffekt insoweit nicht entsteht, als zugleich die Zahl der Neuzugänge von Renten wegen Erwerbsunfähigkeit zurückgeht. Wird die flexible Altersgrenze wegen der gegenwärtigen konjunkturellen Situation nur vorübergehend verstärkt in Anspruch genommen, ist dies im übrigen nicht als Rückgang des deutschen Erwerbspersonenpotentials zu interpretieren, sondern als Zunahme der Stillen Reserve, denn die verringerte Nachfrage nach Arbeitskräften hat dann einen Rückgang der Erwerbsbeteiligung in den betroffenen Altersjahrgängen zur Folge, der bei einer konjunkturellen Wiederbelebung — in den dann nachrückenden Altersjahrgängen — nicht mehr zu verzeichnen ist (Entmutigungseffekt in dem Sinne, daß bei tatsächlicher oder drohender Arbeitslosigkeit eine Frühverrentung eher erwogen wird).

Ob die flexible Altersgrenze 1974 stärker in Anspruch genommen wurde als angenommen (Entzugseffekt von jeweils 80 000 Personen in den Jahren 1973 und 1974), läßt sich bislang nicht erkennen⁶⁾.

2.2 Die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Arbeitsmarktbilanz 1974

Vor einem Jahr wurden an dieser Stelle vier Varianten auf der Basis von Entwicklungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von + 2 %, ± 0 %, — 2 % und — 5 % dargestellt.

Aus heutiger Sicht zeigt sich, daß die tatsächliche Entwicklung im Jahre 1974 zwischen den ersten beiden Varianten (und zwar näher bei der Nullvariante) verlief, denen im einzelnen folgende Annahmen zugrunde gelegt worden waren:

• Variante I:

Das reale Bruttoinlandsprodukt wächst um 2 %. Die „Stundenproduktivität“ nimmt um 4 % zu. Daraus resultiert eine Abnahme des Arbeitsvolumens um 2 %.

Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit verringert sich um 0,8 %, der Volumenrückgang wird also knapp zur Hälfte von der „Arbeitszeitkomponente“ aufgefangen.

Die Zahl der Erwerbstätigen geht damit um 1,2 % (320 000 Personen) zurück.

Die Zahl der erwerbstätigen Deutschen geht um 1,5 % (350 000 Personen) zurück.

Die Ausländerbeschäftigung verringert sich im Laufe des Jahres 1974 gegenüber dem Jahresanfangsstand 1974 um etwa 100 000 Personen. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich gegenüber 1973 bedeutet dies für 1974 infolge des „Überhangs“ dennoch eine Zunahme um etwa 30 000 Personen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erhöht sich um 110 000 auf 385 000 Personen im Jahresdurchschnitt, und zwar auf 350 000 Deutsche (+ 90 000 gegenüber 1973) und 35 000 Ausländer (+ 20 000 gegenüber 1973).

Die „Stille Reserve“ nimmt um 80 000 Personen zu.

• Variante II:

Das reale Bruttoinlandsprodukt stagniert (± 0 %). Aufgrund der pessimistischeren Erwartungen werden weniger Arbeitskräfte gehortet, die „Stundenproduktivität“ nimmt um 4½ % zu. Das Arbeitsvolumen verringert sich um 4,5 %.

Durch verstärkten Überstundenabbau und breitere Inanspruchnahme von Kurzarbeit geht die durchschnittliche Arbeitszeit um 1 % zurück. Daraus resultiert ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 3,5 % (920 000 Personen).

Die Zahl der erwerbstätigen Deutschen verringert sich um 2,9 % (700 000 Personen).

Die Ausländerbeschäftigung geht um 8,6 % (220 000 Personen) zurück. Der Bestand an registrierten Arbeitslosen erhöht sich um 335 000 auf 610 000 Personen, und zwar auf 560 000 Deutsche (+ 300 000 gegenüber 1973) und 50 000 Ausländer (+ 350 000 gegenüber 1973).

Die „Stille Reserve“ nimmt um 200 000 Personen zu.

Tatsächlich wurde 1974 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von + ½ % erzielt, wobei es allein der konjunkturstützenden Wirkung der Auslandsnachfrage zuzuschreiben war, daß das reale gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis nicht unter das Vorjahresniveau absank. Die tatsächliche Entwicklung von Produktion und Nachfrage entspricht somit fast den Annahmen der Variante II.

Bei einer effektiven Zunahme der gesamtwirtschaftlichen „Stundenproduktivität“ um 4 % im Jahre 1974 wurden die im Rahmen der Variante II angenommenen Rationalisierungsanstrengungen der Beschäftigten nicht ganz erreicht; Arbeitspotential wurde 1974 weiterhin nur in geringem Ausmaß „gehörtet“. Die Gesamtkonstellation war damit nur wenig günstiger als damals für die Null-Variante angenommen wurde.

Aus Sozialproduktswachstum und unternehmerischem Nachfrageverhalten auf dem Arbeitsmarkt resultierte im Jahre 1974 ein Rückgang des gesamtwirtschaftlich eingesetzten Arbeitsvolumens um 3,4 %. Davon entfielen 1,4 %-Punkte auf die Einschränkung der jährlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Neigung und Möglichkeit der Unternehmer, Anpassungsprozesse über die Arbeitszeitkomponente — also durch Kurzarbeit und Überstundenabbau (vgl. Abschnitt 3.2) — zu vollziehen, übertrafen damit sogar die Erwartungen (Prognosewert: — 1 %), die bereits programmatischen Charakter hatten — was auch im Haushalt 1974 der Bundesanstalt für Arbeit sowie in großzügigen Vorschriftenänderungen ihren Niederschlag fand (vgl. Übersicht 1).

Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen fiel mit — 2 % (rd. 540 000 Personen) im Jahresdurchschnitt 1974 gegenüber 1973 demzufolge geringer aus als in Variante II geschätzt (vgl. Übersicht 2).

Der effektive Anstieg der registrierten Arbeitslosen um 310 000 auf 583 000 Personen im Durchschnitt des Jahres 1974 liegt nahe bei dem, was im Rahmen der Variante II an dieser Stelle vor einem Jahr errechnet wurde (prognostizierter Anstieg: + 335 000 auf 610 000). Nimmt man die durch die stärker als erwartet ausgefallene Ausdehnung der Kurzarbeit vermiedene Zahl von Arbeitslosen sowie die Zunahme der Zahl von Vollzeitteilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Bildung nach dem AFG hinzu, so ist der Prognosewert der Arbeitslosigkeit für die Null-Variante fast genau eingetroffen. Mit einem Anstieg um 261 000 Personen lag die Zahl der arbeitslosen Deutschen unter der in Variante II vorausgeschätzten Zunahme (+ 300 000).

Dagegen erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Ausländer (+ 49 000 Personen) kräftiger als im Rahmen der Variante II vor einem Jahr angenommen wurde.

⁷⁾ Zum Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Arbeitspotentials: Das gesamtwirtschaftliche Arbeitspotential (potentielles Arbeitsvolumen) setzt sich aus den beiden Komponenten Arbeitskräftepotential (Erwerbspersonenpotential) und „potentielle“ Arbeitszeit („Normalarbeitszeit“) im Sinne der trendmäßigen Entwicklung der effektiven Arbeitszeit zusammen. Das Erwerbspersonenpotential (Deutsche und Ausländer) schließt alle Teile der Wohnbevölkerung ein, die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen. Der jeweils nicht ausgelastete Teil dieses Erwerbspersonenpotentials setzt sich nach der hier gewählten Definition aus folgenden Komponenten zusammen:

- Zahl der Arbeitslosen abzüglich des „Sockels“ der durchschnittlichen, auf Fluktuation und Saison zurückzuführenden Minimalarbeitslosenzahl (im Jahresdurchschnitt 150 000 Personen).
- Die gesamte „Stille Reserve“.
- Der konjunkturell bedingte Rückgang der Ausländerbeschäftigung, soweit er sich nicht in der gleichzeitigen Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitsloser, sondern in der Rückwanderung von Ausländern niederschlägt. Hinzu kommt der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit gegenüber dem Vorjahr, insoweit er auf konjunkturelle Ursachen zurückzuführen ist.

Dies dürfte in erster Linie auf das — etwa im Vergleich zur Rezession 1966/67 — veränderte Rückwanderungsverhalten der Ausländer und auf zusätzliche Anweisungen und die strengere Handhabung bestehender Regelungen in der Vermittlungspraxis zurückzuführen sein (vgl. Abschnitt 3.3).

Mit rd. 100 000 Personen entspricht die tatsächliche Zunahme der „Stillen Reserve“ eher dem, was an dieser Stelle vor einem Jahr im Rahmen der optimistischeren Variante I angenommen wurde (Prognosewert: + 80 000).

Das bedeutet, daß die „Stille Reserve“ 1974 weit weniger angewachsen ist als dies aufgrund der tatsächlichen konjunkturellen Entwicklung und nach bisheriger Erfahrung zu erwarten gewesen wäre (Prognosewert Variante II: + 200 000). Auch diese Abweichung dürfte mit Verhaltensänderungen der betroffenen Personengruppen zu erklären sein, denen noch näher nachgegangen wird (vgl. Abschnitt 3.4).

Im Durchschnitt des Jahres 1974 war das potentielle Arbeitsvolumen zu 96,5% ausgelastet (1. Halbjahr: 97,4%, 2. Halbjahr: 95,6 %). Die Differenz zur Vollaustattung (3,5 %) ist zu 2,7 %-Punkten der Komponente „Erwerbspersonenpotential“ und zu 0,8%-Punkten der Arbeitszeitkomponente zuzurechnen. Während die Arbeitszeitkomponente im 1. Halbjahr vor allem auch durch die extrem milde Witterung nur mit 0,4 %-Punkten einen sehr geringen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung hatte, betrug der entsprechende Wert auch infolge der starken Ausbreitung von Kurzarbeit — im 2. Halbjahr 1974 1,2 %-Punkte⁷⁾.

3. Strukturelle Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung 1974

Das Jahr 1974 hat in mehrfacher Hinsicht Erfahrungen erbracht, die auch für das laufende Jahr von Bedeutung sind. Einmal hat sich gezeigt, daß praktikable, angebotsorientierte Alternativen zur Arbeitslosigkeit durchaus zur Verfügung stehen. Sie könnten helfen, das — vom Arbeitsmarkt her gesehen — wiederum sehr schwierige Jahr 1975 erträglicher zu machen. Zum anderen haben sich einige bislang so nicht beobachtete Verhaltensweisen durchgesetzt, die auch für die Entwicklung zentraler Arbeitsmarktaggregate im Jahre 1975 relevant sind.

3.1 Maßnahmen der beruflichen Bildung für Arbeitslose

In Variante II wurde vor einem Jahr davon ausgegangen, daß bei einem größeren Beschäftigungsrückgang das deutsche Erwerbspersonenpotential u. a. aufgrund erhöhter Bildungsbeteiligung (vor allem im Bereich der beruflichen Fortbildung) zusätzlich um etwa 20 000 Personen zurückgehen könnte. Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit, im Sinne ihres „Programmhaushalts“ im Jahre 1974 mehr Arbeitslose für Maßnahmen der beruflichen Bildung (Fortbildung, Umschulung, Einarbeitung) zu gewinnen, waren tatsächlich erfolgreich. Nach den bislang vorliegenden Statistiken gelang dies von Januar bis November 1974 in 35 000 Fällen (gleicher Vorjahreszeitraum: 12 000 Personen). Von diesen bildeten sich 20 000 Personen beruflich weiter, 11 000 wurden beruflich umgeschult, für 3000 wurden Einarbeitungszuschüsse gewährt. Die Förderung der beruflichen Bildung nach dem AFG hat sich damit — zumindest im aufgezeigten Umfang — als durchaus praktikable Alternative zur Arbeitslosigkeit erwiesen. Zugleich aber wurden in diesem Jahr — mutmaßlich vor allem aufgrund der verbreiteten konjunkturell bedingten Arbeitsplatzunsicherheit — diese

Förderungsmöglichkeiten von Erwerbstätigen spürbar weniger genutzt, so daß der Netto-Entlastungseffekt insgesamt relativ gering ausfiel (geförderte Teilnehmer Januar bis November 1974: 216 000, gleicher Vorjahreszeitraum: 208 000 Personen). Für den Jahresdurchschnitt insgesamt kann man eine Zunahme um etwa 10 000 Teilnehmer annehmen.

3.2 Kurzarbeit

Die Veränderung des Arbeitsvolumens ergibt sich aus den Veränderungen der Beschäftigtenzahl und der durchschnittlichen Arbeitszeit. Die Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit wird bestimmt von einem langfristigen Trend, der im wesentlichen die Entwicklung der tariflichen Arbeitszeitverkürzungen verschiedener Art widerspiegelt, von kalenderbedingten Unregelmäßigkeiten in der Anzahl der Arbeitstage von Jahr zu Jahr (Arbeitstageeffekt) und von der konjunkturell bedingten Inanspruchnahme von Kurzarbeit bzw. Überstunden.

Es stellt sich u. a. die Frage, inwieweit Kurzarbeit — nach den geltenden Regeln des AFG — strukturell und gesamtwirtschaftlich als Alternative zur Arbeitslosigkeit in Betracht kommt.

Die Erfahrungen des Jahres 1974, in dem die Arbeitsmarktpolitik dieses Instrument zum ersten Male — bis hin zur entsprechenden Berücksichtigung im (Programm-)Haushalt der BA und zur Vorschriftenänderung — „offensiv“ eingesetzt hat, ermutigen. Die Bereitschaft der Beschäftigten, konjunkturell bedingte Anpassungen des Arbeitsvolumens über die Arbeitszeitkomponente zu vollziehen, ist 1974 gegenüber früheren Zeiträumen gewachsen:

Mit rund 700 000 hat die Zahl der Kurzarbeiter der Bundesrepublik Deutschland im Dezember 1974 ihren bisherigen Höchststand erreicht. Zum Vergleich: Im Februar 1967 wurde mit 343 000 Kurzarbeitern der höchste Stand der damaligen Rezession erreicht. Im Jahre 1974 sind insgesamt rund 190 Mio. Stunden durch Kurzarbeit ausgefallen⁸⁾. Vom Rückgang des Arbeitsvolumens im Jahre 1974 in Höhe von rund 1,74 Mrd. Stunden entfielen also rund 11 % auf Kurzarbeit. Zum Vergleich: Vom Rückgang des Arbeitsvolumens im Jahre 1967 um 2,3 Mrd. Stunden wurden rund 92 Mio. Stunden, also lediglich 4 %, durch Kurzarbeit aufgefangen.

Geht man für 1974 von einer konjunkturbereinigten Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer von 1800 Stunden aus, dann ist durch die von der BA finanzierte Kurzarbeit eine zusätzliche Verringerung der Erwerbstätigenzahl um rund 100 000 Personen vermieden worden. Stellt man die Verteilung des Beschäftigtenrückgangs auf Deutsche und Ausländer sowie auf Arbeitslose und „Stille Reserve“ in Rechnung, so bedeutet dies, daß die Zahl der Arbeitslosen ohne den Einsatz der Kurzarbeit im Jahresdurchschnitt 1974 um etwa 60 000 Personen höher ausgefallen wäre, als sie es tatsächlich ist.

In der arbeitsmarkttlich besonders kritischen Phase zum Jahresende 1974 hat die Kurzarbeit ein noch größeres Gewicht erlangt. Im Durchschnitt des IV. Quartals des

letzten Jahres sind schätzungsweise 14 % des konjunkturell bedingten Rückgangs des Arbeitsvolumens durch Kurzarbeit aufgefangen worden.

3.3 Ausländerbeschäftigung und arbeitslose Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Bereits seit dem IV. Quartal 1973 hat sich die Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland abgeschwächt. Waren im III. Quartal 1973 noch 234 000 Personen mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, so war im I. Quartal 1974 nur noch eine Zunahme um ca. 120 000 Personen zu beobachten.

Seit dem II. Quartal 1974 liegt die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer unter dem jeweiligen Vorjahresstand (II. Quartal: —20000, III. Quartal: ca. —150000, IV. Quartal: ca. —200 000 Personen). Hierbei dürften — abgesehen von der Konjunktorentwicklung — die Anhebung der „Anwerbepauschale“ Anfang September 1973, vor allem aber der „Anwerbestopp“ Ende November 1973, eine Rolle gespielt haben.

Im allgemeinen dürfen ferner ausländische Arbeitslose (Arbeitserlaubnispflichtige) nur in Arbeit vermittelt werden, wenn keine Möglichkeit besteht,

- deutsche Arbeitsuchende oder Arbeitsuchende aus EG-Staaten zu vermitteln,
- Arbeitnehmer, an deren Arbeitsaufnahme ein besonderes arbeitsmarktpolitisches Interesse besteht (ältere Arbeitnehmer, Rehabilitanden, Aussiedler und Strafentlassene), zu vermitteln oder
- den Arbeitskräftebedarf durch Beschäftigung deutscher Teilzeitkräfte zu beheben.

Seit November 1974 wird durch strengere Handhabung dieser Regelungen den ausländischen Arbeitslosen die Wiederaufnahme einer Beschäftigung stark erschwert.

Wie Übersicht 2 zeigt, war der relative Beschäftigungsrückgang im Durchschnitt 1974 dennoch bei den deutschen Erwerbstätigen genauso hoch wie bei den Ausländern (jeweils rund — 2 %).

Das ist im Vergleich zur Rezession 1966/67 eine neue Erfahrung. Bedenkt man die strukturellen Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich Branchen-Verteilung und Qualifikation, dann zeigt sich, daß die Ausländer diesmal — zumindest bis Ende des Jahres 1974 — zunächst nicht stärker vom Beschäftigungsrückgang betroffen waren als ihre deutschen Kollegen⁹⁾.

Inwieweit hierzu die nun weit höheren „Wiederbeschaffungskosten“ (Anwerbepauschale) sowie die Schwierigkeit, angesichts des „Anwerbestopps“ überhaupt ausländische Arbeitskräfte bei wieder ansteigendem Bedarf zu gewinnen, das Verhalten der Beschäftiger bestimmt haben, läßt sich allerdings gegenwärtig nicht feststellen, da entsprechende Informationen noch nicht vorliegen.

Die oben genannten Maßnahmen haben offenbar auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Zahl der hier als arbeitslos registrierten Ausländer. Seit dem „Anwerbestopp“ haben sich sowohl der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen als auch ihr absoluter Bestand stark erhöht.

Auch hierin liegt eine Veränderung gegenüber den Jahren 1966/67: Damals war die Zahl der arbeitslosen Ausländer hier sehr gering, die Abnahme der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik wurde fast vollständig

⁸⁾ Im Rahmen der Kurzarbeiterstatistik, die von der BA monatlich geführt wird, wird die Zahl der Kurzarbeiter differenziert nach dem Ausmaß der wöchentlichen Arbeitszeiteinschränkung ausgewiesen. Das durch Kurzarbeit „ausgefallene“ Arbeitsvolumen kann somit — unter Setzung bestimmter Annahmen — quantifiziert werden.

⁹⁾ Im Jahre 1967 dagegen war die Abnahme der Ausländerbeschäftigung (— 19 %) weitaus stärker als bei den Inländern und auch viel ausgeprägter, als dies in Anbetracht der strukturellen Unterschiede zu erwarten gewesen wäre. Damals mußten die Ausländer eindeutig die Rolle des „Konjunkturpuffers“ übernehmen.

durch Rückkehr der Ausländer in ihre Heimatländer aufgefangen. Dazu hat mutmaßlich neben der normalen Fluktuation vor allem wohl beigetragen, daß der Anteil der Ausländer, die nach entsprechend langer Tätigkeit in der Bundesrepublik Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten, relativ niedrig war. Heute dagegen meldet sich ein größerer Teil der Ausländer nach Verlust des Arbeitsplatzes hier arbeitslos, weil einmal die Bereitschaft zur Rückkehr angesichts des „Anwerbestopps“ geringer ist als damals und zweitens auch der Anteil der Anspruchsberechtigten an den Ausländern insgesamt entschieden höher liegt.

3.4 Stille Reserve

Der Beschäftigungsrückgang während der Rezession 1966/67 hat nicht nur zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen geführt, sondern auch zu Stillen Reserven in gleicher Größenordnung (über 250 000). Aus früheren Erfahrungen in Deutschland und der Situation in westlichen Industriestaaten mit hoher Arbeitslosigkeit in den 60er Jahren (z. B. England) läßt sich erkennen, daß bei einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit auch die Stille Reserve noch beträchtlich (u. U. über 1 Mio. Personen) ansteigen kann. In den „Alternativrechnungen ...“ des IAB wurde daher in Variante I angenommen, daß auch 1974 die Arbeitslosigkeit Deutscher und die Stille Reserve etwa im Verhältnis 1:1 zunehmen.

Bei einem weit darüber hinausgehenden Beschäftigungsrückgang wurde eine Veränderung dieser Relation in Richtung 2:1 unterstellt (Variante II: + 300 000 deutsche Arbeitslose, + 200 000 Stille Reserve). Tatsächlich hat sich die Relation noch stärker verschoben: Einem Zuwachs von 260 000 deutschen Arbeitslosen steht ein Anwachsen der Stillen Reserven um 100 000 Personen gegenüber.

Die Veränderung dieser Relation läßt in gewissem Umfang auf Verhaltensänderungen schließen, die sich auch in der Struktur der Arbeitslosen widerspiegeln. So könnte insbesondere der in den letzten Jahren angestiegene Frauenanteil unter den Arbeitslosen darauf hindeuten, daß der sog. „Entmutigungseffekt“ in den Hauptrekrutierungsgruppen für die Stille Reserve (verheiratete Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren) nicht mehr in gleichem Umfang auftritt wie in früheren Jahren. Die Öffentlichkeitsarbeit und das im Sinne der Zielsetzung des AFG verstärkte Bemühen der BA um eine dauerhafte Eingliederung von Frauen in das Berufsleben dürften hierzu beigetragen haben.

Außerdem ist zu bedenken, daß die konkreten Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit (System der sozialen Sicherung, Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit u. a.) zu einer gewissen Obergrenze für Stille Reserven führen können, so daß internationale Vergleiche und Zeitvergleiche u. U. für den gegenwärtig in der Bundes-

republik zu erwartenden Umfang der Stillen Reserve an Wert verlieren.

Absolut ist die Stille Reserve gegenwärtig größer als 1967, relativ zur Arbeitslosigkeit jedoch kleiner. In welchem Umfang ein weiteres Anwachsen in den nächsten Jahren möglich ist, erscheint durchaus offen. (Für 1975 wurde unterstellt, daß die Stille Reserve in annähernd dem gleichen Verhältnis zu den deutschen Arbeitslosen zunimmt wie im Vorjahr.)

Inwieweit in Zukunft nicht nur bei Deutschen, sondern auch bei Ausländern in der Bundesrepublik eine Stille Reserve entsteht, dürfte weitgehend davon abhängen, ob und welche Beschränkungen eingeführt werden im Hinblick auf die Arbeitsaufnahme von Familienangehörigen (Ehefrauen, heranwachsenden Kindern ausländischer Arbeitnehmer). Die Ermittlung solch einer Stillen Reserve ist wegen der statistischen Datenlage bei Ausländern auf jeden Fall schwieriger als bei Deutschen. (Für 1975 wurde bei Ausländern keine Stille Reserve unterstellt.)

3.5 Zur Saisonbereinigung der Arbeitslosenzahlen

Im Schaubild 1 werden tatsächliche und saisonbereinigte Arbeitslosenzahlen (mit und ohne Außenberufe) ab 1965 dargestellt. Das Verfahren zur Saisonbereinigung, das üblicherweise eine multiplikative Verknüpfung der saisonalen und der konjunkturellen Arbeitslosigkeit unterstellt, wurde dem im Vergleich zu früheren Jahren beträchtlich gestiegenen Niveau der Arbeitslosigkeit durch eine stärkere Flexibilisierung der Saisonkomponenten angepaßt¹⁰⁾. Durch die Neuberechnung wird die Gefahr einer Überzeichnung der Saisonkomponente sowie einer entsprechenden verfahrensbedingten Abflachung oder gar eines Rückgangs in den saisonbereinigten Reihen im Winter zumindest vermindert. Allerdings beseitigt auch das neue Verfahren witterungsbedingte Irregularitäten bei der Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen nicht gänzlich (vgl. Schaubild 1).

3.6 Zur Entwicklung der Beschäftigung im Baugewerbe

Nach wie vor verdient die Beschäftigungsentwicklung in dem von den stabilitätspolitischen Maßnahmen besonders stark tangierten Baugewerbe besondere Aufmerksamkeit. Hier haben sich die rückläufigen Entwicklungstendenzen des ersten Halbjahres 1974 auch im zweiten Halbjahr fortgesetzt. Die sehr starke Zunahme der Arbeitslosen in den Bauberufen im Dezember 1974 (Anstieg gegenüber November 1974 um 44 000 auf 141 000) scheint darauf hinzudeuten, daß sich der saisonbereinigte Beschäftigtenrückgang in den davorliegenden Monaten nur vorübergehend abgeflacht hat.

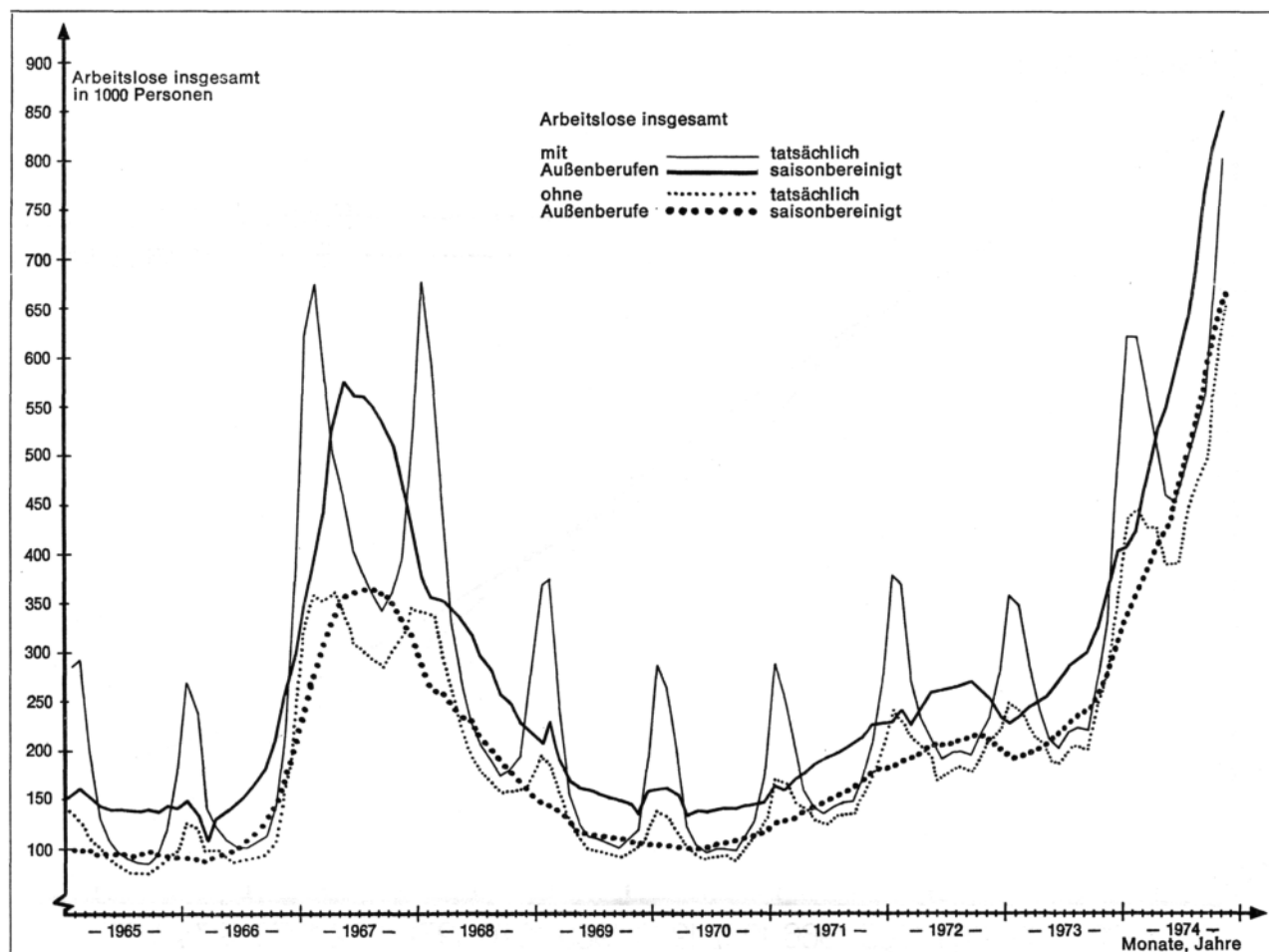
Die an dieser Stelle¹¹⁾ in der Vorausschau auf die Entwicklung des 2. Halbjahres 1974 ausgesprochene Befürchtung, daß der Kapazitätsabbau im Baugewerbe über die mittel- und langfristig benötigten Kapazitäten hinausgehen könnte, hat sich nun bestätigt. In der dem Entwicklungstrend folgenden Variante 3 dieser Vorausschau wurde bei einem Rückgang der Produktion im Baugewerbe um 6½ % ein Beschäftigungsabbau um 10½ % vorausgeschätzt. Tatsächlich dürfte im Jahresdurchschnitt 1974 bei einer Produktionsminderung um gut 6 % die Zahl der Beschäftigten um 9½ % abgenommen haben (im Bauhauptgewerbe um gut 11 %). Nur ein geringer Teil des erwarteten Beschäftigungsrückganges wurde hier durch eine stärkere Reduzierung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen (Abbau von Überstunden, Schlechtwettergeldregelung, Kurzarbeit) aufgefangen.

¹⁰⁾ Die Neuberechnung erfolgte im IAB. Das neue Verfahren wird seit November 1974 auch den monatlichen Berichten der BA über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zugrunde gelegt. Vgl. auch Karr, Werner: Die Saisonbereinigung der Arbeitslosen. Ein Verfahrensvergleich, Wiesbaden 1973. Karr, Werner; König, Ingeborg: „Saisonale und konjunkturelle Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsgruppen, MittAB 3/1972, S. 258 ff.

Das Verfahren wurde vom IAB und der Deutschen Bundesbank in gleicher Weise modifiziert. Damit ist sichergestellt, daß von der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Arbeit keine unterschiedlichen Zahlen über den Arbeitsmarkt veröffentlicht werden.

¹¹⁾ Vgl. Brinkmann, Christian; Kohler, Hans; Reyher, Lutz: Zur kurzfristigen Entwicklung der Beschäftigung im Baugewerbe, in: MittAB, 7. Jg (1974), Heft 3, S. 267 ff.

Schaubild 1: Tatsächliche und saisonbereinigte Zahlen der registrierten Arbeitslosen mit und ohne Außenberufe



Für das Jahr 1975 wird gegenwärtig ein weiterer Rückgang der Produktion im Baugewerbe um 5½ % erwartet¹²⁾. Dies würde einen zusätzlichen Abbau der Beschäftigten um gut 9 % zur Folge haben, sofern nicht — um die für einen Wiederaufschwung benötigten Baukapazitäten zu erhalten — vor allem durch verstärkte Inanspruchnahme von Kurzarbeit die Arbeitszeit je Erwerbstätigen überdurchschnittlich verringert werden kann.

3.7 Zur Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie

Bei einem Rückgang der realen industriellen Nettoproduktion um rund 1 % im Jahresdurchschnitt 1974 ging die Zahl der Beschäftigten in der Industrie (in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten) um 2,7 % auf 8,14 Mio. Personen zurück.

Gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsrückgang um 2 % erwies sich damit erneut die überdurchschnittliche Konjunktursensibilität der Industriebeschäftigung. Das in der Industrie im Jahre 1974 eingesetzte Arbeitsvolumen (Summe der geleisteten Beschäftigtenstunden) war um rund 5 % geringer als im Vorjahr.

Die Anpassung des Arbeitsvolumens an die rezessive Produktionsentwicklung wurde nahezu gleichgewichtig über die Einschränkung der jährlichen Arbeitszeit je Beschäftigten (—2½ %) und über die Verringerung der Beschäftigtenzahl (—2,7 %) vollzogen. Inwieweit gegenüber früher bereits eine grundlegende Veränderung des Nachfrageverhaltens der Unternehmer am Arbeitsmarkt

zu sehen ist, läßt sich gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen, weil der bislang beobachtete Produktionsrückgang das Ausmaß der Rezession 1966/67 nicht erreicht hat. Immerhin hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit im abgelaufenen Jahr stärker verringert als 1967: Bei einem Rückgang der Produktion um 2,8 % und des Arbeitsvolumens um 8,5 % lag die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit damals lediglich um 2,1 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

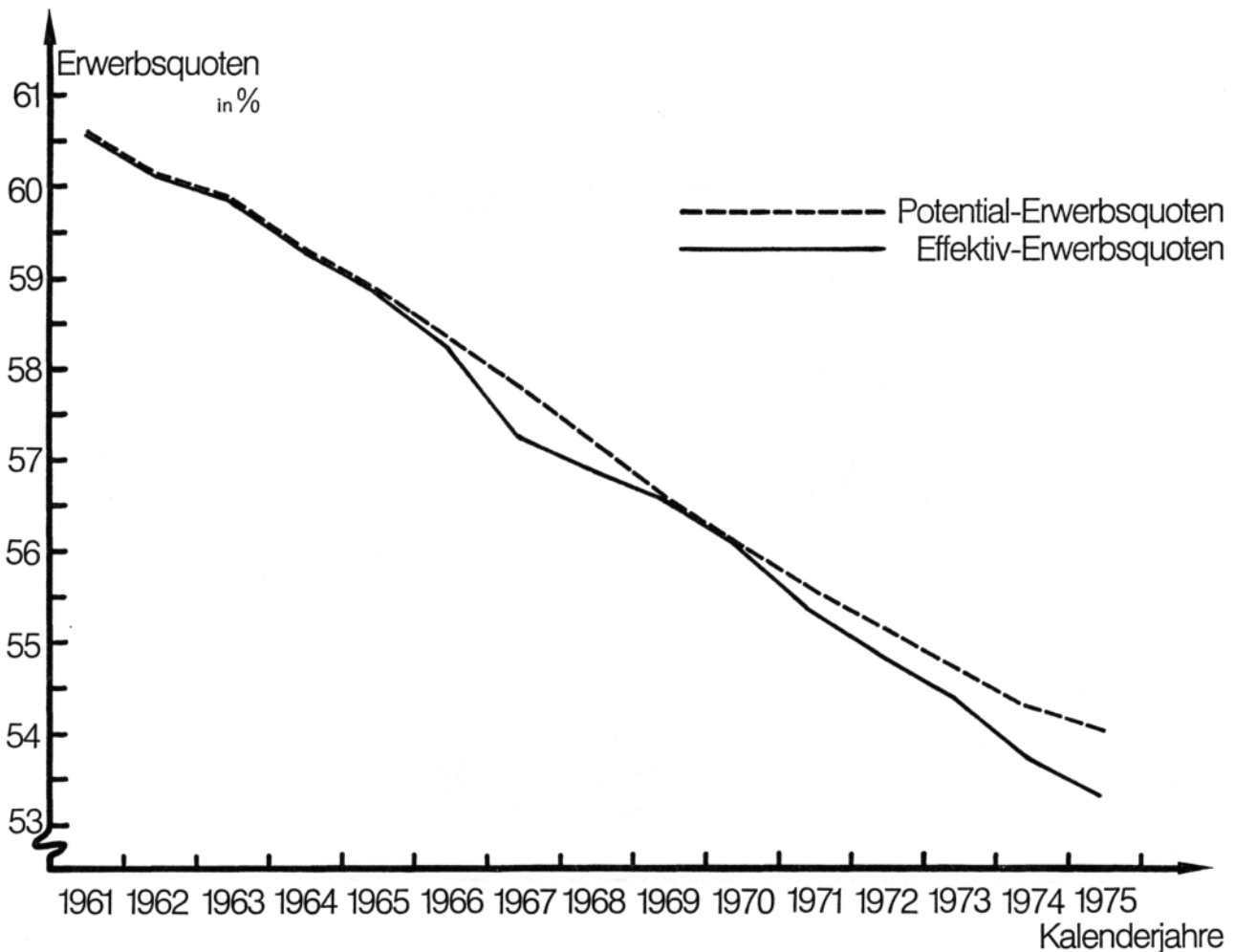
Untersucht man die einzelnen Industriebauptgruppen auf ihren Beitrag zum Beschäftigungsrückgang in der Industrie insgesamt, so ergibt sich folgendes Bild:

Das industrielle Wachstum wurde in den vergangenen Jahren in erster Linie von den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und den Investitionsgüterindustrien getragen. Andererseits haben sich diese Bereiche stets als überdurchschnittlich konjunkturanfällig erwiesen. Im Gegensatz dazu haben sie im Jahre 1974 die industrielle Gesamtbeschäftigung eher stabilisiert, denn der Beschäftigungsrückgang war dort deutlich schwächer als im gesamtindustriellen Durchschnitt (vgl. dazu Tabelle 7 im Tabellenanhang).

Vom absoluten Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Industrie im Jahre 1974 um rund 226 000 Personen entfielen rund 9000 oder 4 % auf den Bergbau, 32 000 oder 14 % auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, 37 000 oder 16 % auf die Investitionsgüterindustrien, 15 000 oder 7 % auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrien und 133 000 oder 59 % allein auf die Verbrauchsgüterindustrien.

¹²⁾ Wochenbericht des DIW 48/74 vom 28. 11. 1974.

Schaubild 2: Potentielle und effektive Erwerbsquoten der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von über 14 Jahren 1961–1975



Die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung in den Industriehauptgruppen ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß einzelne Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und der Investitionsgüterindustrien mit weit überdurchschnittlichem Exportanteil von der lebhaften Auslandsnachfrage profitierten, während sich vor allem die im Verlauf des Jahres 1974 rückläufigen realen inländischen Verbrauchsausgaben negativ auf die Beschäftigungslage in den Verbrauchsgüterindustrien auswirkten.

Der seit Jahren anhaltende strukturelle Schrumpfungsprozeß im Bergbau verlangsamte sich aufgrund durch Ölpreisteigerungen ausgelöster Prozesse der Rücksubstitution im Energiebereich.

Im ganzen gesehen war der Produktionsrückgang 1974 bei den überdurchschnittlich beschäftigungsintensiven Industriezweigen schwächer ausgeprägt als bei den unterdurchschnittlich beschäftigungsintensiven.

4. Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1975 4.1 Das Angebot an Arbeitskräften 1975

Der neuesten amtlichen Bevölkerungsvorausschätzung folgend beträgt der Zuwachs der Zahl deutscher Einwohner im Alter von mehr als 14 Jahren 1975 gegen-

über 1974 rund 170000 Personen (+ 0,4%). Trotz dieses Anstiegs sinkt das deutsche Erwerbspersonenpotential (Inländerkonzept) auch noch 1975, und zwar gegenüber dem Vorjahr um 20 000 auf 24,501 Mio. Personen (Tabelle 1 im Anhang und Schaubild 2), weil die Potentialerwerbsquote weiterhin, wenn auch in vermindertem Umfang, abnimmt (um -0,25 %-Punkte auf 54,05 %¹³).

Erst ab 1976 ist wieder mit einem Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials zu rechnen¹⁴). Wie schon in den letzten Jahren, läßt sich der Rückgang der Potentialerwerbsquote auch 1975 nur noch unwesentlich auf Veränderungen der Alters- und Geschlechtsstruktur der deutschen Wohnbevölkerung zurückführen (demographische Komponente: - 0,02 %-Punkte; Tabelle 2 im Anhang).

Eine größere Rolle spielen die weiterhin zunehmende Verlängerung der Bildungsdauer, die trendmäßige Abnahme der Alterserwerbstätigkeit, gegenläufig wirkt die Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen vor allem in den mittleren Altersjahrgängen (Trend und institutionelle Komponente als Saldo dieser Effekte: - 0,23 %-Punkte).

Aus der flexiblen Altersgrenze resultiert 1975 kein zusätzlicher Rückgang des deutschen Erwerbspersonenpotentials. Der bisherigen Annahme folgend (Inanspruchnahme durch 75 % der Anspruchsberechtigten), beträgt der „Entzugseffekt“ - verteilt auf die Jahre 1973 und 1974 - etwa 160 000 Personen bzw. 0,36 %-Punkte. Da sich die Jahrgangsstärke in den betroffenen

¹³) Deutsche Erwerbspersonen, bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren.

¹⁴) Kühlewind, Gerhard; Thon Manfred: Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für die Jahre 1977, 1980, 1985 und 1990 - Trendfortschreibung und zusätzliche Schätzung der Auswirkungen der flexiblen Altersgrenze und des Bildungsgesamtplans, MittAB 3/1973, S. 237 ff.

Altersgruppen 1975 gegenüber den Vorjahren nur geringfügig verändert, ergeben sich auch keine Veränderungen dieses Entzugseffekts. Erste Informationen über die tatsächliche Inanspruchnahme lassen noch nicht erkennen, ob die der Rechnung zugrunde liegende Annahme eher zu hoch oder zu niedrig ist¹⁵⁾.

Bei einer Aufgliederung des deutschen Erwerbspersonenpotentials nach Halbjahren wäre die zeitliche Verteilung aller Abgänge (durch Verrentung, zeitweiliges oder endgültiges Ausscheiden von Frauen aus dem Erwerbsleben, Rückflüsse aus dem Erwerbsleben in das Ausbildungssystem etc.) sowie der Zugänge (vor allem aus dem Ausbildungssystem und bei Wiedereintritt in das Erwerbsleben) zu berücksichtigen. Da genaue Informationen hierüber weitgehend fehlen, ist eine solche Aufgliederung z. Z. nur mit Vorbehalten möglich.

Unter Berücksichtigung der aufgezeigten Wende in der Entwicklung des deutschen Erwerbspersonenpotentials folgend, wird für 1975 unterstellt, daß der Rückgang im 2. Halbjahr zum Stillstand kommt. Für das 1. Halbjahr 1975 ist dann von einem Rückgang des deutschen Erwerbspersonenpotentials um 40 000 auf 24,446 Mio. Personen (Inländerkonzept) bzw. 24,307 Mio. Personen (Inlandskonzept) auszugehen.

Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften wird unter den Bedingungen des Anwerbestopps weitgehend auf die bereits in der Bundesrepublik lebenden Ausländer begrenzt. Zunahmen sind nur aufgrund der weiterhin möglichen Familienzusammenführung, durch Heranwachsen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Jugendlichen und durch weitere Zuwanderungen aus den Staaten der EG möglich. Außerdem sind in gewissem Umfang Rückwanderungen zu berücksichtigen. Die derzeit wirkenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dürften eine beträchtliche Verstärkung der Rückwanderungen (unmittelbar nach Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses oder nach

dem Erlöschen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld) zur Folge haben. Im Jahresdurchschnitt 1975 ist mit einem Rückgang des ausländischen Arbeitskräfteangebots in der Bundesrepublik Deutschland um 160 000 auf 2,326 Mio. Personen (Inländerkonzept) zu rechnen (vgl. Tabelle I im Anhang).

4.2 Die Arbeitskräftenachfrage 1975

Wie eingangs bemerkt, stützt sich die nachfolgende Arbeitskräftenachfrage-Schätzung auf die jüngsten Sozialproduktsprognosen des Sachverständigenrats. Sollten sich jene Produktionsprognosen als zu optimistisch erweisen — nach den neuesten Angaben einiger Institute ist dies zumindest für das 1. Halbjahr 1975 nicht auszuschließen, da der Abschwung zum Jahresende 1974 hin noch spürbarer ausgefallen sein könnte als bislang unterstellt —, dann müßte allerdings auch die darauf gebaute Arbeitsmarktprogno nach unten revidiert werden. Im entgegengesetzten Fall gilt dies dagegen kaum: Eine spürbare Belebung am Arbeitsmarkt ließe sich in der gegenwärtigen Konstellation erst bei einem Wachstumstempo des Sozialprodukts erhoffen, das weit jenseits aller heutigen Schätzungen und Zielvorstellungen für 1975 läge (vgl. Abschnitt 1).

Zum Vergleich: Selbst im extrem wachstumsstarken Jahr 1968 (reales Bruttoinlandsprodukt + 7,1 % gegenüber 1967) blieb die gesamtwirtschaftliche Beschäftigtenzahl fast konstant und nahm die Zahl der Arbeitslosen lediglich ab (um rd. 130 000 Personen), weil der gleichzeitige Rückgang des deutschen Potentials (im Gegensatz zu 1975!) um rd. 200 000 Personen einen entsprechenden Ersatznachfragesog auf dem Arbeitsmarkt auslöste. Obendrein war damals die „Arbeitszeitreserve“ (konjunkturelle Trendabweichung) geringer als 1974/75.

4.2.1 Die Arbeitskräftenachfrage im 1. Halbjahr 1975

Nach dem Jahresgutachten 1974/75 des Sachverständigenrates¹⁶⁾ wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Diensten im 1. Halbjahr 1975 weiterhin stagnieren. Die Veränderung des realen Bruttoinlands-

¹⁵⁾ s. Abschnitt 2.1.

¹⁶⁾ Vgl. Jahresgutachten . . . , Ziff. 267 ff., S. 113 ff.

Übersicht 1: Entstehung des realen Sozialprodukts¹⁾ — Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —

Merkmal	1973	1974			1975 ²⁾		
	Jahr	1. Halbjahr ³⁾	2. Halbjahr ³⁾	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr
Tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,7	- 1,0	- 1,5	- 1,4	- 1,5	± 0	- 0,8
Arbeitstage-Effekt	- 0,1	- 0,8	+ 0,5	± 0	± 0	± 0	± 0
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,8	- 1,8	- 1,0	- 1,4	- 1,5	± 0	- 0,8
Zahl der Erwerbstätigen	+ 0,3	- 1,4	- 2,6	- 2,0	- 2,6	- 1,2	- 1,9
Arbeitsvolumen	- 0,6	- 3,2	- 3,6	- 3,4	- 4,1	- 1,2	- 2,7
Produktivität je Erwerbstätigenstunde	+ 5,9	+ 4,6	+ 3,4	+ 4,0	+ 4	+ 4½	+ 4½
je Erwerbstätigen	+ 5,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,6	+ 2½	+ 4½	+ 4
Bruttoinlandsprodukt, real ¹⁾	+ 5,3	+ 1,4	- 0,2	+ ½	± 0	+ 3½	+ 2

¹⁾ In Preisen von 1962 ²⁾ Vorläufig ³⁾ Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1974/75; eigene Berechnungen

Übersicht 2: „Arbeitskräftebilanz“ (Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials, der Erwerbstätigen und der nicht-beschäftigten Erwerbspersonen) von 1971—1975 nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsortskonzept)

Halb- jahres- bzw. Jahres- durch- schnitt	Erwerbspersonen- potential ¹⁾			davon																	
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Erwerbstätige			davon						Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen			davon					
				Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Selbständige und mithelfende Familienangehörige			Arbeitnehmer			Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve		
							Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer				Insgesamt	Deutsche	Ausländer			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
— Personen in 1000 —																					
1971																					
1. Halbj.	26 834	24 716	2 118	26 568	24 461	2 107	4 330	4 278	52	22 238	20 183	2 055	266	255	11	201	190	11	65	65	—
2. Halbj.	27 016	24 747	2 269	26 732	24 476	2 256	4 291	4 237	54	22 441	20 239	2 202	284	271	13	169	156	13	115	115	—
Jahr	26 925	24 732	2 193	26 650	24 469	2 181	4 311	4 258	53	22 339	20 211	2 128	275	263	12	185	173	12	90	90	—
1972																					
1. Halbj.	26 906	24 605	2 301	26 475	24 194	2 281	4 250	4 196	54	22 225	19 998	2 227	431	411	20	280	260	20	151	151	—
2. Halbj.	27 062	24 650	2 412	26 710	24 312	2 398	4 190	4 134	56	22 520	20 178	2 342	352	338	14	212	198	14	140	140	—
Jahr	26 984	24 627	2 357	26 592	24 252	2 340	4 220	4 165	55	22 372	20 087	2 285	392	375	17	246	229	17	146	146	—
1973																					
1. Halbj.	26 993	24 487	2 506	26 571	24 081	2 490	4 158	4 102	56	22 413	19 979	2 434	422	406	16	280	264	16	142	142	—
2. Halbj.	27 163	24 516	2 647	26 746	24 125	2 621	4 138	4 080	58	22 608	20 045	2 563	417	391	26	267	241	26	150	150	—
Jahr	27 078	24 502	2 576	26 659	24 104	2 555	4 148	4 091	57	22 511	20 013	2 498	419	398	21	273	252	21	146	146	—
1974																					
1. Halbj. ²⁾	26 951	24 347	2 604	26 193	23 650	2 543	4 101	4 043	58	22 092	19 607	2 485	758	697	61	541	480	61	217	217	—
2. Halbj. ²⁾	26 942	24 416	2 526	26 046	23 598	2 448	4 075	4 016	59	21 971	19 582	2 389	896	818	78	624	546	78	272	272	—
Jahr	26 947	24 382	2 565	26 120	23 625	2 495	4 088	4 030	58	22 032	19 595	2 437	827	757	70	583	513	70	244	244	—
1975 ³⁾																					
1. Halbj.	26 741	24 307	2 434	25 513	23 220	2 293	4 036	3 977	59	21 477	19 243	2 234	1 228	1 087	141	911	770	141	317	317	—
2. Halbj.	26 772	24 416	2 356	25 746	23 548	2 198	4 010	3 951	59	21 736	19 597	2 139	1 026	868	158	714	556	158	312	312	—
Jahr	26 757	24 362	2 395	25 630	23 385	2 245	4 023	3 964	59	21 607	19 421	2 186	1 127	977	150	813	663	150	314	314	—
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1000 —																					
1971																					
1. Halbj.	+236	-140	+376	+156	-213	+369	-138	-140	+ 2	+294	- 73	+367	+ 80	+ 73	+ 7	+ 15	+ 8	+ 7	+ 65	+ 65	—
2. Halbj.	+153	-133	+286	- 19	-298	+279	- 85	- 87	+ 2	+ 66	-211	+277	+172	+165	+ 7	+ 57	+ 50	+ 7	+115	+115	—
Jahr	+194	-136	+330	+ 68	-255	+323	-111	-113	+ 2	+179	-142	+321	+126	+119	+ 7	+ 36	+ 29	+ 7	+ 90	+ 90	—
1972																					
1. Halbj.	+ 72	-111	+183	- 93	-267	+174	- 80	- 82	+ 2	- 13	-185	+172	+165	+156	+ 9	+ 79	+ 70	+ 9	+ 86	+ 86	—
2. Halbj.	+ 46	- 97	+143	- 22	-164	+142	-101	-103	+ 2	+ 79	- 61	+140	+ 68	+ 67	+ 1	+ 43	+ 42	+ 1	+ 25	+ 25	—
Jahr	+ 59	-105	+164	- 58	-217	+159	- 91	- 93	+ 2	+ 33	-124	+157	+117	+112	+ 5	+ 61	+ 56	+ 5	+ 56	+ 56	—
1973																					
1. Halbj.	+ 87	-118	+205	+ 96	-113	+209	- 92	- 94	+ 2	+188	- 19	+207	- 9	- 5	- 4	± 0	+ 4	- 4	- 9	- 9	—
2. Halbj.	+101	-134	+235	+ 36	-187	+223	- 52	- 54	+ 2	+ 88	-133	+221	+ 65	+ 53	+ 12	+ 55	+ 43	+ 12	+ 10	+ 10	—
Jahr	+ 94	-125	+219	+ 67	-148	+215	- 72	- 74	+ 2	+139	- 74	+213	+ 27	+ 23	+ 4	+ 27	+ 23	+ 4	± 0	± 0	—
1974																					
1. Halbj. ²⁾	- 42	-140	+ 98	-378	-431	+ 53	- 57	- 59	+ 2	-321	-372	+ 51	+336	+291	+ 45	+261	+216	+ 45	+ 75	+ 75	—
2. Halbj. ²⁾	-221	-100	-121	-700	-527	-173	- 63	- 64	+ 1	-637	-463	-174	+479	+427	+ 52	+357	+305	+ 52	+122	+122	—
Jahr	-131	-120	- 11	-539	-479	- 60	- 60	- 61	+ 1	-479	-418	- 61	+408	+359	+ 49	+310	+261	+ 49	+ 98	+ 98	—
1975 ³⁾																					
1. Halbj.	-210	- 40	-170	-680	-430	-250	- 65	- 66	+ 1	-615	-364	-251	+470	+390	+ 80	+370	+290	+ 80	+100	+100	—
2. Halbj.	-170	± 0	-170	-300	- 50	-250	- 65	- 65	± 0	-235	+ 15	-250	+130	+ 50	+ 80	+ 90	+ 10	+ 80	+ 40	+ 40	—
Jahr	-190	- 20	-170	-490	-240	-250	- 65	- 66	+ 1	-425	-174	-251	+300	+220	+ 80	+230	+150	+ 80	+ 70	+ 70	—
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % —																					
1971																					
1. Halbj.	+ 0,9	- 0,6	+21,6	+ 0,6	- 0,9	+21,2	- 3,1	- 3,2	+ 4,0	+ 1,3	- 0,4	+21,7	+ 43,0	+ 40,1	+175,0	+ 8,1	+ 4,4	+175,0	·	·	—
2. Halbj.	+ 0,6	- 0,5	+14,4	- 0,1	- 1,2	+14,1	- 1,9	- 2,0	+ 3,8	+ 0,3	- 1,0	+14,4	+153,6	+155,7	+116,7	+ 50,9	+ 47,2	+116,7	·	·	—
Jahr	+ 0,7	- 0,5	+17,7	+ 0,3	- 1,0	+17,4	- 2,5	- 2,6	+ 3,9	+ 0,8	- 0,7	+17,8	+ 84,6	+ 82,6	+140,0	+ 24,2	+ 20,1	+140,0	·	·	—
1972																					
1. Halbj.	+ 0,3	- 0,4	+ 8,6	- 0,4	- 1,1	+ 8,3	- 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 0,1	- 0,9	+ 8,4	+ 62,0	+ 61,2	+ 81,8	+ 39,3	+ 36,8	+ 81,8	+132,3	+132,3	—
2. Halbj.	+ 0,2	- 0,4	+ 6,3	- 0,1	- 0,7	+ 6,3	- 2,4	- 2,4	+ 3,7	+ 0,4	- 0,3	+ 6,4	+ 23,9	+ 24,7	+ 7,7	+ 25,4	+ 26,9	+ 7,7	+ 21,7	+ 21,7	—
Jahr	+ 0,2	- 0,4	+ 7,5	- 0,2	- 0,9	+ 7,3	- 2,1	- 2,2	+ 3,8	+ 0,1	- 0,6	+ 7,4	+ 42,5	+ 42,6	+ 41,7	+ 33,0	+ 32,4	+ 41,7	+ 62,2	+ 62,2	—
1973																					
1. Halbj.	+ 0,3	- 0,5	+ 8,9	+ 0,4	- 0,5	+ 9,2	- 2,2	- 2,2	+ 3,7	+ 0,8	- 0,1	+ 9,3	- 2,1	- 1,2	- 20,0	± 0,0	+ 1,5	- 20,0	- 6,0	- 6,0	—
2. Halbj.	+ 0,4	- 0,5	+ 9,7	+ 0,1	- 0,8	+ 9,3	- 1,2	- 1,3	+ 3,6	+ 0,4	- 0,7	+ 9,4	+ 18,5	+ 15,7	+ 85,7	+ 25,9	+ 21,7	+ 85,7	+ 7,1	+ 7,1	—
Jahr	+ 0,3	- 0,5	+ 9,3	+ 0,3	- 0,6	+ 9,2	- 1,7	- 1,8	+ 3,6	+ 0,6	- 0,4	+ 9,3	+ 6,9	+ 6,1	+ 23,5	+ 11,0	+ 10,0	+ 23,5	± 0,0	± 0,0	—
1974																					
1. Halbj. ²⁾	- 0,2	- 0,6	+ 3,9	- 1,4	- 1,8	+ 2,1	- 1,4	- 1,4	+ 3,6	- 1,4	- 1,9	+ 2,1	+ 79,6	+ 71,7	+281,3	+ 93,2	+ 81,8	+281,3	+ 52,8	+ 52,8	—
2. Halbj. ²⁾	- 0,8	- 0,4	- 4,6	- 2,6	- 2,2	- 6,6	- 1,5	- 1,6	+ 1,7	- 2,8	- 2,3	- 6,8	+114,9	+109,2	+200,0	+133,7	+126,6	+200,0	+ 81,3	+ 81,3	—
Jahr	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 2,0	- 2,0	- 2,3	- 1,4	- 1,5	+ 1,8	- 2,1	- 2,1	- 2,4	+ 97,4	+ 90,2	+233,3	+113,6	+103,6	+233,3	+ 67,1	+ 67,1	—
1975 ³⁾																					
1. Halbj.	- 0,8	- 0,2	- 6,5	- 2,6	- 1,8	- 9,8	- 1,6	- 1,6	+ 1,7	- 2,8	- 1,9	-10,1	+ 62,0	+ 56,0	+131,1	+ 68,4	+ 60,4	+131,1	+ 46,1	+ 46,1	—
2. Halbj.	- 0,6	± 0,0	- 6,7	- 1,2	- 0,2	-10,2	- 1,6	- 1,6	± 0,0	- 1,1	+ 0,1	-10,5	+ 14,5	+ 6,1	+102,6	+ 14,4	+ 1,8	+102,6	+ 14,7	+ 14,7	—
Jahr	- 0,7	- 0,1	- 6,6	- 1,9	- 1,0	-10,0	- 1,6	- 1,6	+ 1,7	- 1,9	- 0,9	-10,3	+ 36,3	+ 29,1	+114,3	+ 39,5	+ 29,2	+114,3	+ 28,7	+ 28,7	—

Produkts (in Preisen von 1962) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wird — wie schon im 2. Halbjahr 1974 — bei etwa 0 % liegen.

Die Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) wird — bei anhaltend geringer Kapazitätsauslastung und gedämpften Zukunftserwartungen der Beschäftigten — im 1. Halbjahr 1975 voraussichtlich um 4 % steigen.

Hieraus resultiert ein Rückgang des erforderlichen Arbeitsvolumens um gut 4 %. Unter der Annahme, daß auch im 1. Halbjahr 1975 Kurzarbeit stark in Anspruch genommen wird, unterstellen wir einen Rückgang der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit um 1,5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Bedarf an Arbeitskräften nimmt dementsprechend gegenüber dem 1. Halbjahr 1974 um 2,6 % oder ca. 680 000 Personen ab (vgl. Übersicht 1).

4.2.2 Die Arbeitskräftenachfrage im 2. Halbjahr und im Jahre 1975 insgesamt

Der Sachverständigenrat geht in seinem Jahresgutachten 1974/75 von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts für das 2. Halbjahr 1975 um + 3½ % aus.

Auch diese Annahme wird hier übernommen.

Demzufolge wird die Auslastung sowohl der personellen als auch der Sachkapazitäten im 2. Halbjahr ansteigen, so daß für diesen Zeitraum mit einer verstärkten Zunahme der Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) um 4½ % zu rechnen ist.

Somit ist im 2. Halbjahr 1975 gegenüber dem Vorjahr zwar noch mit einem Rückgang des Arbeitskräftebedarfs um 1,2 % zu rechnen, das sind ca. 300 000 Personen. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1975 bedeutet dies aber schon einen Anstieg um mehr als 200 000 Personen.

Im Durchschnitt des Jahres 1975 rechnet der Sachverständigenrat mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2 %. Die Zuwachsrate der Produktivität je geleisteter Stunde ist auf 4½ % zu veranschlagen. Das gesamtwirtschaftlich genutzte Arbeitsvolumen wird demnach im Durchschnitt um 2,7 % geringer sein als 1974. Die jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen geht im Jahresdurchschnitt 1975 nahezu dem Trend entsprechend nur noch um 0,8 % zurück.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird unter den hier getroffenen Annahmen im Jahresdurchschnitt 1975 um 1,9 % (ca. 490 000 Personen), also fast so stark wie 1974, zurückgehen.

Zur Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Erwerbstätigenzahl in den Hauptwirtschaftsbereichen vgl. die Tabellen 5—7 im Anhang.

4.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1975

Die nachstehend dargestellte Bilanz für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975 zeigt, mit welchen Veränderungen der wichtigsten Arbeitsmarktaggregate im nächsten Jahr unter den hier getroffenen Annahmen zu rechnen wäre. Zugleich werden aber — und darin liegt der Hauptzweck dieser Bilanz — gerade durch das Aufzeigen der vielfältigen Bedingtheiten und der gegenseitigen Abhängigkeiten der Aggregate voneinander auch Ansatzpunkte und Spielräume für frühzeitiges Gegensteuern sichtbar gemacht (vgl. Übersicht 2).

4.3.1 Die Arbeitsmarktbilanz im 1. Halbjahr 1975

Die Arbeitsmarktbilanz für das 1. Halbjahr 1975 zeigt gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein weiterhin sehr ungünstiges Bild. Im einzelnen ist bei den Arbeitsmarktaggregaten mit folgenden Veränderungen (jeweils gegenüber dem 1. Halbjahr 1974) zu rechnen:

- Zu der nur noch geringen Abnahme der Zahl der deutschen Erwerbspersonen (Potential) um 0,2 % oder 40 000 Personen kommt ein Rückgang der Zahl der ausländischen Erwerbspersonen von 6½ % oder 170 000 Personen, so daß die Gesamtzahl der Erwerbspersonen um ca. 210 000 zurückgeht.

Aufgrund der oben erörterten Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit ist mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um ca. 680 000 Personen oder 2½ % zu rechnen. Die Zahl der deutschen Erwerbstätigen wird um ca. 430 000 Personen (— 1,8 %) abnehmen. Bei den ausländischen Erwerbstätigen wird hier angesichts der Entwicklungstendenzen, die sich im vergangenen Jahr abgezeichnet haben, für 1975 mit einem Abbau um ca. 250 000 Personen (— 10 %) gerechnet.

Da der Potentialrückgang bedeutend geringer ist, verstärkt sich die Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials weiter. Im einzelnen ist bei den registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen (Stille Reserve) mit folgender Entwicklung im 1. Halbjahr 1975 zu rechnen:

- Die Zahl der deutschen Arbeitslosen wird um etwa 290 000 Personen (+ 60%) ansteigen und damit im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1975 ca. 770 000 Personen betragen. Gleichzeitig wird sich, den Erfahrungen des Jahres 1974 folgend, die Zahl der arbeitslosen Ausländer mehr als verdoppeln (+ 80 000 Personen) und damit eine Höhe von ca. 140 000 Personen erreichen. Insgesamt wächst die Zahl der registrierten Arbeitslosen um ca. 370 000 Personen (+ 70%) auf einen Durchschnittsbestand im 1. Halbjahr 1975 von gut 900 000 Personen an.
- Die Stille Reserve wird — folgt man auch hier der Tendenz von 1974 — weiterhin zunehmen (etwa + 100 000 Personen) und sich damit auf über 300 000 Personen belaufen. Insgesamt (registrierte Arbeitslose und Stille Reserve) wird die Zahl der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1975 einen Stand von ca. 1,2 Mio. Personen erreichen, etwa 450 000 mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens ist damit im 1. Halbjahr 1975 auf rd. 94 % zu veranschlagen. Die „Unterauslastungsquote“ von rd. 6 % verteilt sich zu 4,5 %-Punkten auf die Arbeitskräftekomponente und zu knapp 1,5 %-Punkten auf die Arbeitszeit.

4.3.2 Die Arbeitsmarktbilanz im 2. Halbjahr und im Jahre 1975 insgesamt

Folgt man den hier getroffenen Grundannahmen über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, so ist auch im 2. Halbjahr 1975 mit einem weiterhin geringen, wenn auch gegenüber dem 1. Halbjahr 1975 leicht verbesserten Beschäftigungsgrad zu rechnen (Vergleich jeweils gegenüber dem 2. Halbjahr 1974):

- Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen (Potential) dürfte im 2. Halbjahr 1975 unverändert bleiben (vgl.

Abschnitt 4.1). Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen wird im selben Maße durch Rückwanderung abnehmen wie im 1. Halbjahr 1975 (— 170 000 Personen oder — 6½ %). Die Veränderung der Erwerbspersonen insgesamt im 2. Halbjahr 1975 wird also allein von den ausländischen Erwerbspersonen bestimmt.

- Bei den hier unterstellten Annahmen über die Arbeitszeitentwicklung wird sich die Zahl der deutschen Erwerbstätigen im 2. Halbjahr 1975 kaum mehr verringern. Bei einer Abnahme um 0,2 % (ca. 50 000 Personen) wird ihr Bestand im 2. Halbjahr bereits um mehr als 300 000 Personen über dem des 1. Halbjahres 1975 liegen. Die Unterauslastung des deutschen Erwerbspersonenpotentials ist nur noch geringfügig stärker als im 2. Halbjahr 1974. Wie schon im 1. Halbjahr wird die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen im 2. Halbjahr 1975 um ca. 250 000 Personen abnehmen und — bei einem Jahresendstand von 2,1 Mio. Personen — im Durchschnitt nur noch etwa 2,2 Mio. Personen betragen (Höchststand im 2. Halbjahr 1973: 2,6 Mio. Personen). Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen damit im 2. Halbjahr 1975 um ca. 300 000 Personen (—1,2 %) unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum liegen.

Bei den nichtbeschäftigten Erwerbspersonen ist mit folgender Entwicklung im 2. Halbjahr 1975 zu rechnen:

- Mit gut 700 000 wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen insgesamt um ca. 90 000 Personen (+ 14 %) den Vorjahresstand übertreffen. Einer fast unveränderten Zahl von arbeitslosen Deutschen (+ 10 000 Personen) steht eine weiterhin stark steigende Zahl arbeitsloser Ausländer (+ 80 000 Personen oder ca. + 100 %) gegenüber.

- Bei den Stillen Reserven wird sich die Zunahme wie bei den deutschen Arbeitslosen abschwächen. Gegenüber dem 2. Halbjahr 1974 werden es 40 000 Personen oder ca. 15 % mehr sein.

Insgesamt wird die Zahl der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen (Deutsche und Ausländer) im 2. Halbjahr 1975 noch bei etwa 1 Mio. liegen. Das sind etwa 200 000 Personen weniger als im 1. Halbjahr, aber noch etwa 130 000 mehr (+ 14 %) als im 2. Halbjahr 1974.

Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens ist damit im 2. Halbjahr 1975 mit 95,5 % gegenüber dem 1. Halbjahr des gleichen Jahres (94,2 %) wieder angestiegen. Von der „Unterauslastungsquote“ (4,5 %) entfallen 4 %-Punkte auf die Komponente Arbeitskräftepotential und 0,5 %-Punkte auf die Komponente Arbeitszeitpotential.

Unter all diesen Annahmen über die Entwicklung der Gesamtwirtschaft in den beiden Halbjahren ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1975 für den Arbeitsmarkt folgendes Bild (jeweils gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1974):

- Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen (Potential) wird geringfügig zurückgehen (— 20 000 Personen). Mit der Abnahme der ausländischen Erwerbspersonen um 170 000 Personen ergibt sich ein Gesamtrückgang der Erwerbspersonen um ca. 190 000 Personen oder 0,7 %.

- Deutsche und ausländische Erwerbstätige werden — in Anbetracht der hier unterstellten Arbeitszeitentwicklung — absolut in etwa gleichem Ausmaße, nämlich um jeweils ca. 250 000 Personen, abnehmen. Das bedeutet bei den Deutschen einen Rückgang um 1 %, bei den Aus-

ländern um 10%. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt wird um knapp 500 000 Personen oder 1,9 % abnehmen.

- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 1975 noch einmal (um ca. 230 000 Personen) ansteigen: Bei den Deutschen wird ein Anstieg um ca. 150 000 Personen oder knapp 30%, bei den Ausländern um ca. 80 000 Personen zu verzeichnen sein. Im Jahresdurchschnitt 1975 wird die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen ca. 800 000 Personen betragen (ca. 650 000 Deutsche, 150 000 Ausländer).

- Die Zahl der Stillen Reserven wird um ca. 70 000 Personen auf über 300 000 ansteigen.

Die Zahl der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen insgesamt wird im Jahresdurchschnitt 1975 mit über 1,1 Mio. um 300 000 Personen über dem Jahresdurchschnitt 1974 liegen.

Für das Jahr 1975 errechnet sich ein Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens von knapp 95 %. Die Differenz zur Vollausslastung von 5,2 %-Punkten verteilt sich zu 4,3 %-Punkten auf die Erwerbspersonenkomponente und zu fast 1 %-Punkt auf die Arbeitszeit.

5. Schlußbetrachtung

Wie einleitend erörtert, läßt sich heute nur schwer abschätzen, wie realitätsnah die der vorliegenden Modellrechnung zugrunde gelegten Grundannahmen über die Entwicklung von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, Produktion und Produktivität sind. Angesichts dieser Situation bedarf es darüber hinaus realistischer Vorstellungen von den Größenordnungen der Arbeitsmarktauswirkungen auch anderer, ungünstigerer Entwicklungen der Gesamtwirtschaft. Hierzu gilt folgende Faustregel: In Anbetracht der bislang zu erwartenden Aufteilung eines Beschäftigungsrückganges auf Arbeitszeitreduktion und Erwerbstätigenabnahme sowie auf In- und Ausländer und schließlich auf Zunahme der Stillen Reserve einerseits und Anstieg der Zahl registrierter Arbeitsloser andererseits, kann man davon ausgehen, daß eine Abweichung von der unterstellten Wachstumsrate um 1 %-Punkt nach unten im Endresultat zu zusätzlichen 120 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1975 führen würde. Blicke das gesamtwirtschaftliche Wachstum noch stärker — z. B. um 2 %-Punkte — unter dem Prognosewert, dann müßte die Zahl zusätzlicher Arbeitsloser auf rund 350 000 Personen veranschlagt werden. Diese Relation gilt allerdings nur bei zunehmender Arbeitslosigkeit; bei einem wirtschaftlichen Wiederaufschwung müssen andere Verhaltensweisen unterstellt werden (vgl. Abschnitt 4.2).

Abschließend sei mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sich Wachstumsschwächen in der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr und, mehr noch, in den darauf folgenden Jahren, aufgrund der Entwicklung des deutschen Arbeitskräftepotentials weitaus stärker auf den Arbeitsmarkt auswirken werden, als dies in den vergangenen 10 Jahren der Fall gewesen war oder wäre. Die insofern günstige Konstellation von 1968 z. B., in der der vorübergehende konjunkturelle Arbeitskräfteüberschuß teilweise durch gleichzeitigen Potentialrückgang ausgeglichen worden war, kann in den nächsten Jahren, in denen das deutsche Potential sogar leicht ansteigen wird, nicht erwartet werden.

Ein Überschuß im Arbeitskräfteangebot, der auf ein Defizit im gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempo zurückzuführen ist, birgt — bei gegenüber früher besserer Arbeitsplatzsicherung älterer Arbeitnehmer — insbesondere die Gefahr, daß der Übergang aus dem Bildungsin das Beschäftigungssystem erschwert wird. Erste Anzeichen einer derartigen Entwicklung findet man bereits in den jüngsten Statistiken zur Struktur der Arbeitslosigkeit. Die im nachstehenden Anhang aufgeführten Daten sollen zur Beurteilung der hiermit verbundenen Probleme beitragen.

6. Anhang: Zur Beurteilung der weiteren Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

6.1 Ausgangssituation

Die Ende September 1974 von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte Sonderuntersuchung „Strukturanalyse der Arbeitslosen“ ergab, daß zu diesem Zeitpunkt 69 800 Jugendliche (Altersgruppe bis unter 20 Jahren) arbeitslos waren. Ein beträchtlicher Teil dieser Jugendlichen waren Berufsanfänger, die von der verschlechterten Arbeitsmarktlage überdurchschnittlich stark betroffen sind.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem September des Vorjahres war bei den Jugendlichen mit 233,0 % (gegenüber 154,2 % im Durchschnitt) mit Abstand am höchsten. Dadurch erhöhte sich der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 9,6 auf 12,5 %. Die altersspezifische Arbeitslosenquote der unter 20jährigen schließlich, die im Vorjahr mit 1,0 % in etwa dem Durchschnitt entsprach, stieg auf 3,4 % und lag damit um einen vollen Prozentpunkt über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote aller Altersgruppen.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang, daß im Verlauf der Rezession 1967/68 die jüngeren Arbeitnehmer am wenigsten, dagegen die älteren Arbeitnehmer am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Der hohe Anteil Jugendlicher an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen des Jahres 1974 kann allerdings nicht ausschließlich mit der konjunkturellen Entwicklung erklärt werden. Betrachtet man nämlich den Verlauf der Arbeitslosenanteile nach Altersgruppen seit 1967, so fällt auf, daß die jüngeren Arbeitslosen eine kontinuierliche, trendmäßige Zunahme ihres Anteils aufweisen, die älteren dagegen einen kontinuierlichen Rückgang. Die für die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit 1967/68 grundlegend veränderte Situation verdeutlicht die Übersicht 3:

Übersicht 3: Arbeitslose nach Altersgruppen

Altergruppe:	Anteile (jeweils Ende September)			
	1967	1968	1973	1974
unter 20 Jahre	5,6	4,8	9,6	12,5
20 bis unter 25	7,1	7,1	13,7	15,9
25 bis unter 35	16,5	13,8	22,6	25,2
35 bis unter 45	15,2	12,5	16,7	19,2
45 bis unter 55	14,2	13,8	16,5	15,6
55 bis unter 60	12,0	16,3	7,8	5,3
60 bis unter 65	16,8	29,2	12,4	6,1
65 Jahre und älter	12,6	2,5	0,7	0,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁷⁾ Vgl. dazu 4. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung ohne Wanderungen, Var. 2, Statistisches Bundesamt Wiesbaden.

¹⁸⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Siebenter Bericht der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung: Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1971 bis 1985, Heft 41, April 1974, insb. S. 13.

6.2 Bevölkerungsentwicklung

Durch das Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge steigt auch weiterhin die Zahl der Bevölkerung in der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre an. Der Zuwachs, der 1973 etwa 80 000 und 1974 etwa 100 000 Personen betrug, stabilisiert sich 1975 bei etwa 130 000 Personen pro Jahr. Dieser Jahreszuwachs gilt bis etwa 1980, verringert sich dann und wird nach 1982 negativ¹⁷⁾.

Für die Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen existieren stets zwei biographische Schwellen, an denen Eingliederungsprobleme auftreten können: einmal beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule (im Normfall 15- bis 16jährige — bei Außerachtlassung der Teilnehmer an weiterführender Allgemeinbildung), und zum anderen beim Übergang aus der berufsbildenden Schule in das Arbeitsleben (im Normfall 18- bis 19jährige). Im ersten Fall besteht das Problem in der Aufnahmefähigkeit des Marktes für Ausbildungsstellen, im zweiten Fall liegt es bei der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes gerade Ausgebildeter. Eine Beurteilung der weiteren Entwicklung muß deshalb zwischen diesen beiden Schwellenproblemen unterscheiden.

6.3 Absolventen von allgemeinbildenden Schulen nach der Sekundarstufe I

Trotz des Zuwachses der Zahl der 15- bis unter 20jährigen geht nach den Berechnungen der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung¹⁸⁾ die Zahl der Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen nach der Sekundarstufe I (Hauptschulabgänger ohne und mit Abschlußzeugnis, Abschlüsse an Realschulen und Abendrealschulen, Abgänger nach Abschluß des 10. Schuljahres an Gymnasien) und aus Sonderschulen 1975 und 1976 im Bundesdurchschnitt zurück. Während am Ende des Schuljahres 1973/74 etwa 680 000 Jugendliche aus den allgemeinbildenden Schulen und Sonderschulen entlassen wurden, sind es nach diesen Berechnungen 1974/75 etwa 650 000 und 1975/76 etwa 625 000. Im folgenden Jahr steigt diese Zahl allerdings wieder auf das Niveau von 1973/74.

Der Rückgang 1975 gegenüber 1974 ergibt sich in erster Linie bei den Hauptschulabsolventen mit Abschluß (— 37 000). Bei der Problemgruppe der Hauptschüler ohne Abschluß und der Sonderschüler — sie umfaßte in den letzten 3 Jahren jeweils rund 135 000 Abgänger — kommt es lediglich zu einem Rückgang auf 128 000; die Realschulabsolventen werden um etwa 12 000 ansteigen.

Ursache für diese Entwicklung sind die Kurzschuljahre der Jahre 1966 und 1967 in den Ländern Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland, da auf 2 Jahre 3 Einschulungstermine (statt 2, wie üblich) entfielen, wovon 2 zwangsläufig vergleichsweise niedrigere Schülerzahlen auswiesen. In Bayern (keine Änderung) sowie in Berlin und Hamburg (Langschuljahr — bis 1975 Entlassungen sowohl im Frühjahr als auch im Herbst aus der Sekundarstufe I) kommt es zu keiner Verringerung der Absolventenzahl. Hier nimmt diese Zahl weiter zu. Dies gilt in verstärktem Maße im Jahr 1975 auch für Niedersachsen. Der Kurzschuljahreffekt tritt dort wegen der zusätzlichen Einführung einer Klasse 9 S erst ein Jahr später (also 1976 und 1977) auf.

6.4 Absolventen der berufsbildenden Schulen

Die Gesamtzahl der Absolventen der berufsbildenden Schulen steigt 1975 und 1976 weiter an, denn der Kurz-

Schuljahreffeckt tritt (abgeschwächt) erst 1978/79 und 1979/80 auf. Die zahlenmäßig am stärksten besetzte und und für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit besonders bedeutsame Gruppe der Abgänger aus den Berufsschulen nimmt — wiederum nach den Berechnungen der Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung — 1974/75 gegenüber 1973/74 um etwa 8000, 1975/76 gegenüber 1974/75 nochmals um etwa 9000 Personen zu (1975/76 etwa 497 000 Berufsschulabsolventen). 1975 und 1976 steigt die Zahl der Abgänger aus Fachschulen nur um jeweils durchschnittlich 1000 und aus Berufsfachschulen um jeweils durchschnittlich knapp 2000.

Einen Überblick über die Entwicklung der Bevölkerungs- und Absolventenzahlen liefert die Übersicht 4.

6.5 Schlußfolgerungen

Aus demographischen Gründen ist im Trend der nächsten 7 Jahre keine Verringerung, eher eine Verschärfung des Problems der Eingliederung von Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu

¹⁹⁾ Ab 1977 wächst die Zahl der Entlassungen aus dem allgemeinbildenden Schulsystem wieder über die Zahl von 1974 hinaus und strebt einem Maximum Ende der siebziger Jahre zu.

erwarten. Dies gälte an sich auch für 1975. Da aber in der Mehrzahl der Bundesländer gerade in diesen Jahren die Auswirkungen der Einführung der Kurzschuljahre vor 9 Jahren durchschlagen, werden im Bundesdurchschnitt die Entlassungen aus der Sekundarstufe I des allgemeinbildenden Schulsystems 1975 und 1976 niedriger sein als im Vorjahr. Dadurch tritt eine gewisse vorübergehende Entlastung an der Schwelle zwischen allgemeinbildender Schule und Berufsausbildung ein¹⁹⁾.

Die Entlassungen aus dem berufsbildenden Schulsystem aber werden 1975 und 1976 höher sein als 1974. Daraus folgt, daß man sich gegenwärtig darauf einrichten muß, daß kurzfristig wirksame Auffangmaßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere auch, im Anschluß an die Lehrausbildung erforderlich werden.

All dies gilt allerdings nicht für alle Bundesländer im einzelnen. In Hamburg, Berlin, Bayern und Niedersachsen ergeben sich infolge anderer Schuljahresregelungen abweichende Konstellationen. Hier steigen auch 1975 und 1976 (1976 mit Ausnahme von Niedersachsen) sowohl die Absolventenzahlen aus dem allgemeinbildenden als auch aus dem berufsbildenden Schulsystem.

Übersicht 4: Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren und der Zahl der Absolventen nach Schularten 1973—1976, in 1000 Personen.

Bevölkerung 15 bis 20 Jahre	1. 1. 1973 4163,1	1. 1. 1974 4242,6	1. 1. 1975 4344,6	1. 1. 1976 4478,7
Absolventen des Schuljahres	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76
von <i>allgemeinbildenden Schulen</i> nach Sekundarstufe I				
Hauptschule ohne Abschlußzeugnis	91,2	87,7	81,0	78,0
Hauptschule mit Abschlußzeugnis	350,6	346,1	308,7	305,2
Realschule und Abendrealschule	139,2	153,7	165,5	148,3
10. Schuljahr an Gymnasien	41,4	44,9	47,6	43,3
Zusammen ¹⁾	622,5	632,5	602,8	574,8
von <i>berufsbildenden Schulen</i>				
Berufsschule	481,5	480,3	487,8	496,8
Berufsfachschule	46,5	50,3	52,4	53,6
Fachschule	54,8	59,3	60,5	61,3
sonstige Vollzeitschulen ²⁾	113,9	120,5	128,6	136,2
Zusammen ¹⁾	696,7	710,6	729,3	747,9
von <i>Sonderschulen</i>	42,0	45,7	47,1	49,5

¹⁾ Differenzen zu den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Absolventen mit mittleren Abschlüssen und Fachschulreife, mit Fachhochschulreife, mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife.

Quelle: Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung a.a.o. bzw. Statist. Bundesamt a.a.o.

7. Tabellenanhang

Tabelle 1: Wohnbevölkerung, Potentialerwerbsquoten und Erwerbspersonenpotential nach Geschlecht 1961 bis 1975 (Inländerkonzept) — Deutsche und Ausländer — in Tausend*) —

Jahr	Erwerbsmerkmale	Deutsche und Ausländer			Deutsche			Ausländer ²⁾		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1961	Wohnbevölkerung	26 413	29 762	56 175	25 941	29 548	55 489	472	214	686
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 165	23 817	43 982	19 748	23 657	43 405	417	160	577
	Erwerbsquoten	83,70	41,54	60,87	83,49	41,47	60,59	93,76	51,25	81,98
1962	Wohnbevölkerung	26 795	30 042	56 837	26 165	29 760	55 925	630	282	912
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 403	23 970	44 373	19 851	23 757	43 608	552	213	765
	Erwerbsquoten	83,16	41,21	60,50	82,94	41,08	60,13	91,30	55,40	81,31
1963	Wohnbevölkerung	27 102	30 287	57 389	26 334	29 910	56 244	768	377	1 145
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 571	24 086	44 657	19 903	23 801	43 704	668	285	953
	Erwerbsquoten	82,81	41,08	60,30	82,57	40,88	59,87	89,82	57,89	80,17
1964	Wohnbevölkerung	27 411	30 560	57 971	26 511	30 124	56 635	900	436	1 336
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 749	24 232	44 981	19 973	23 902	43 875	776	330	1 106
	Erwerbsquoten	82,33	40,60	59,85	82,09	40,31	59,32	88,66	62,12	80,74
1965	Wohnbevölkerung	27 787	30 832	58 619	26 682	30 302	56 984	1 105	530	1 635
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 995	24 384	45 378	20 048	23 982	44 030	947	402	1 348
	Erwerbsquoten	81,88	40,37	59,58	81,53	39,95	58,88	89,23	65,67	82,20
1966	Wohnbevölkerung	28 062	31 086	59 148	26 844	30 473	57 317	1 218	613	1 831
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 139	24 516	45 655	20 103	24 051	44 154	1 036	465	1 501
	Erwerbsquoten	81,45	39,92	59,15	81,09	39,36	58,36	88,42	69,03	82,41
1967	Wohnbevölkerung	28 047	31 239	59 286	27 067	30 644	57 711	980	595	1 575
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 034	24 565	45 600	20 207	24 113	44 320	827	452	1 280
	Erwerbsquoten	80,71	39,47	58,49	80,36	38,96	57,84	89,12	66,81	81,09
1968	Wohnbevölkerung	28 131	31 369	59 500	27 151	30 773	57 924	980	596	1 576
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 029	24 611	45 640	20 213	24 163	44 376	816	448	1 264
	Erwerbsquoten	79,99	39,04	57,91	79,62	38,49	57,22	89,09	68,75	81,88
1969	Wohnbevölkerung	28 479	31 589	60 068	27 259	30 857	58 116	1 220	732	1 952
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 296	24 759	46 056	20 274	24 197	44 471	1 022	562	1 584
	Erwerbsquoten	79,63	38,68	57,62	78,87	37,89	56,58	94,62	72,60	86,81
1970	Wohnbevölkerung	28 867	31 784	60 651	27 341	30 871	58 212	1 526	913	2 439
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 660	24 932	46 593	20 361	24 234	44 595	1 299	698	1 998
	Erwerbsquoten	79,32	38,65	57,56	78,09	37,58	56,08	98,54	75,93	90,59
1971	Wohnbevölkerung	29 265	32 037	61 302	27 350	30 864	58 214	1 915	1 173	3 088
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 024	25 163	47 187	20 443	24 293	44 736	1 581	870	2 451
	Erwerbsquoten	78,36	38,73	57,22	77,01	37,58	55,60	95,76	70,80	86,90
1972	Wohnbevölkerung	29 468	32 204	61 672	27 357	30 857	58 214	2 111	1 347	3 458
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 267	25 363	47 630	20 525	24 352	44 877	1 742	1 011	2 753
	Erwerbsquoten	77,36	38,74	56,79	76,10	37,57	55,19	92,25	67,06	83,00
1973	Wohnbevölkerung	29 646	32 330	61 976	27 322	30 793	58 115	2 324	1 537	3 861
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 533	25 572	48 105	20 609	24 399	45 008	1 924	1 173	3 097
	Erwerbsquoten	76,64	38,60	56,41	75,35	37,36	54,75	90,49	64,36	80,59
1974 ¹⁾	Wohnbevölkerung	29 611	32 320	61 931	27 284	30 722	58 006	2 327	1 598	3 925
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 613	25 668	48 279	20 705	24 452	45 157	1 908	1 214	3 122
	Erwerbsquoten	75,71	38,53	55,94	74,39	37,29	54,30	90,00	63,50	79,69
1975 ¹⁾	Wohnbevölkerung	29 386	32 192	61 578	27 246	30 644	57 890	2 140	1 548	3 688
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 568	25 690	48 258	20 814	24 514	45 328	1 754	1 176	2 930
	Erwerbsquoten	75,08	38,45	55,59	73,82	37,25	54,05	90,00	63,50	79,39
1975 ¹⁾	Wohnbevölkerung	16 945	9 879	26 827	15 366	9 132	24 501	1 579	747	2 326
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre									
	Erwerbsquoten									

*) Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen. Bezugsbasis für die Erwerbsquoten: Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren.

¹⁾ Schätzung

²⁾ Erwerbstätige und arbeitslose Ausländer ohne Einpendler (einschl. Selbständige und Mithelfende) sowie ausländische Wohnbevölkerung, Neuberechnet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970.

Quellen: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

**Tabelle 2: Absolute Veränderungen der Erwerbsquoten von Deutschen gegenüber dem Vorjahr 1962 bis 1975
(Inländerkonzept) — in %-Punkten —**

Jahr	Potential- erwerbsquoten ³⁾	Komponenten der Potentialerwerbsquotenänderung			Effektive Erwerbs- quoten ⁷⁾	Konjunkturelle Abweichung (Spalte 6 minus Spalte 2)
		Demographisch	Trend, institutionell	Sondereinflüsse		
1	2	3	4	5	6	7
1962	— 0,46	— 0,14	— 0,32	—	— 0,46	—
1963	— 0,26	— 0,21	— 0,05	—	— 0,26	—
1964	— 0,55	— 0,27	— 0,28	—	— 0,55	—
1965	— 0,44	— 0,33	— 0,11	—	— 0,44	—
1966	— 0,52	— 0,33	— 0,11	— 0,08 ⁴⁾	— 0,62	— 0,10
1967	— 0,52	— 0,24	— 0,15	— 0,13 ⁴⁾	— 1,01	— 0,49
1968	— 0,62	— 0,24	— 0,32	— 0,06 ⁴⁾	— 0,34	+ 0,28
1969	— 0,64	— 0,18	— 0,35	— 0,11 ⁵⁾	— 0,33	+ 0,31
1970	— 0,50	— 0,11	— 0,39	—	— 0,50	—
1971	— 0,48	— 0,11	— 0,37	—	— 0,69	— 0,21
1972	— 0,41	— 0,11	— 0,30	—	— 0,54	— 0,13
1973	— 0,44	— 0,06	— 0,20	— 0,18 ⁶⁾	— 0,44	—
1974 ¹⁾	— 0,45	— 0,05	— 0,22	— 0,18 ⁶⁾	— 0,67	— 0,22
1975 ²⁾	— 0,25	— 0,02	— 0,23	—	— 0,42	— 0,17

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

³⁾ Aus Tabelle 1, Spalte 8

⁴⁾ Einfluß der Frühverrentung und des Ausscheidens von Rentnern aus dem Erwerbsleben (geschätzt)

⁵⁾ Einführung des 9. Schuljahres in Bayern

⁶⁾ Vermutliche Entzugswirkung der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze (geschätzt)

⁷⁾ Deutsche Erwerbspersonen, bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren aus Tabelle 1

Tabelle 3: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen von 1960 bis 1975 nach dem Inlands-(Beschäftigungsorts-) und Unternehmenskonzept — Personen in Tausend —

Wirtschaftszweige	Jahresdurchschnitte																	Halbjahresdurchschnitte					
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 ¹⁾	1974 ²⁾	1975 ²⁾	1973 ¹⁾		1974		1975 ²⁾		
																	I	II	I ¹⁾	II ²⁾	I	II	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Land- und Forstwirtschaft	3 581	3 449	3 307	3 144	3 002	2 876	2 790	2 638	2 523	2 395	2 262	2 144	2 038	1 954	1 892	1 820	1 962	1 946	1 903	1 881	•	•	
Warenproduzierendes Gewerbe	12 497	12 804	12 916	12 924	12 982	13 153	13 011	12 241	12 310	12 715	12 973	12 933	12 751	12 761	12 301	11 850	12 704	12 818	12 388	12 214	•	•	
Energiewirtschaft und Bergbau	757	730	699	668	654	642	621	570	535	522	530	527	511	490	482	•	495	485	482	482	•	•	
Verarbeitendes Gewerbe	9 698	9 985	10 040	9 976	9 988	10 171	10 080	9 553	9 627	10 039	10 289	10 232	10 068	10 116	9 869	•	10 057	10 175	9 930	9 808	•	•	
Baugewerbe	2 042	2 089	2 177	2 280	2 340	2 340	2 310	2 118	2 148	2 154	2 154	2 174	2 172	2 155	1 950	•	2 152	2 158	1 976	1 924	•	•	
Handel und Verkehr	4 759	4 809	4 814	4 848	4 821	4 796	4 806	4 717	4 702	4 726	4 769	4 831	4 877	4 906	4 817	4 800	4 894	4 918	4 814	4 820	•	•	
Handel	3 299	3 344	3 348	3 376	3 344	3 327	3 359	3 292	3 300	3 330	3 348	3 365	3 381	3 388	•	•	3 385	3 391	•	•	•	•	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 460	1 465	1 466	1 472	1 477	1 469	1 447	1 425	1 402	1 396	1 421	1 466	1 496	1 518	•	•	1 509	1 527	•	•	•	•	
Dienstleistungsunternehmen	2 381	2 421	2 475	2 556	2 604	2 666	2 732	2 787	2 850	2 895	2 943	2 992	3 033	3 045	3 058	3 060	3 042	3 048	3 051	3 065	•	•	
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	383	411	432	452	466	485	513	536	554	573	597	627	650	672	•	•	666	678	•	•	•	•	
Sonstige Dienstleistungen	1 998	2 010	2 043	2 104	2 138	2 181	2 219	2 251	2 296	2 322	2 346	2 365	2 383	2 373	•	•	2 376	2 370	•	•	•	•	
Staat	2 110	2 240	2 359	2 456	2 552	2 639	2 718	2 789	2 814	2 870	2 990	3 100	3 237	3 333	} 4 052 4 100		3 310	3 355	} 4 037 4 066		•	•	
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	764	730	674	680	669	650	641	657	651	650	645	650	656	660			659	661			•	•	
Wirtschaft insges.	26 092	26 453	26 545	26 608	26 630	26 780	26 698	25 829	25 850	26 251	26 582	26 650	26 592	26 659	26 120	25 630	26 571	26 746	26 193	26 046	25 513	25 746	

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen von 1960 bis 1975 nach dem Inlands-(Beschäftigungsorts-) und Unternehmenskonzept — Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % —

Wirtschaftszweige	Jahresdurchschnitte																	Halbjahresdurchschnitte					
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973 ¹⁾	1974 ²⁾	1975 ²⁾	1973 ¹⁾		1974		1975 ²⁾		
																	I	II	I ¹⁾	II ²⁾	I	II	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Land- und Forstwirtschaft	·	— 3,7	— 4,1	— 4,9	— 4,5	— 4,2	— 3,0	— 5,4	— 4,4	— 5,1	— 5,6	— 5,2	— 4,9	— 4,1	— 3	— 4	— 5,0	— 3,2	— 3,0	— 3½	·	·	
Warenproduzierendes Gewerbe	·	+ 2,5	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,3	— 1,1	— 5,9	+ 0,6	+ 3,3	+ 2,0	— 0,3	— 1,4	+ 0,1	— 3½	— 3½	+ 0,2	— 0,1	— 2,5	— 4½	·	·	
Energiewirtschaft und Bergbau	·	— 3,6	— 4,2	— 4,4	— 2,1	— 1,8	— 3,3	— 8,2	— 6,1	— 2,4	+ 1,5	— 0,6	— 3,0	— 4,1	— 1½	·	— 4,4	— 3,8	— 2,6	— ½	·	·	
Verarbeitendes Gewerbe	·	+ 3,0	+ 0,6	— 0,6	+ 0,1	+ 1,8	— 0,9	— 5,2	+ 0,8	+ 4,3	+ 2,5	— 0,6	— 1,6	+ 0,5	— 2½	·	+ 0,4	+ 0,6	— 1,3	— 3½	·	·	
Baugewerbe	·	+ 2,3	+ 4,2	+ 4,7	+ 2,6	± 0,0	— 1,3	— 8,3	+ 1,4	+ 0,3	± 0,0	+ 0,9	— 0,1	— 0,8	— 9½	·	+ 0,8	— 2,3	— 8,2	— 11	·	·	
Handel und Verkehr	·	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,7	— 0,6	— 0,5	+ 0,2	— 1,9	— 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	— 2	— ½	+ 0,7	+ 0,4	— 1,6	— 2	·	·	
Handel	·	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,8	— 0,9	— 0,5	+ 1,0	— 2,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	·	·	+ 0,4	+ 0,0	·	·	·	·	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	·	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	— 0,5	— 1,5	— 1,5	— 1,6	— 0,4	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,5	·	·	+ 1,5	+ 1,4	·	·	·	·	
Dienstleistungsunternehmen	·	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,4	+ ½	+ 0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ ½	·	·	
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	·	+ 7,3	+ 5,1	+ 4,6	+ 3,1	+ 4,1	+ 5,8	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,4	·	·	+ 3,3	+ 3,5	·	·	·	·	
Sonstige Dienstleistungen	·	+ 0,6	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	— 0,4	·	·	— 0,2	— 0,7	·	·	·	·	
Staat	·	+ 6,2	+ 5,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,9	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,7	+ 4,4	+ 3,0	+ 1½ + 1		+ 3,5 + 2,4		+ 1,7 + 1		·		
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	·	— 4,5	— 7,7	+ 0,9	— 1,6	— 2,8	— 1,4	+ 2,5	— 0,9	— 0,2	— 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6									
																	+ 0,6	+ 0,6					
Wirtschaft insges.	·	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	— 0,3	— 3,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	— 0,2	+ 0,3	— 2	— 2	+ 0,4	+ 0,1	— 1,4	— 2½	— 2½	— 1	

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 5: Bruttoinlandsprodukt (real, in Preisen von 1962) nach Wirtschaftszweigen von 1960 bis 1975
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % —

Wirtschaftszweige	Jahresdurchschnitte																	Halbjahresdurchschnitte					
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972 ¹⁾	1973 ¹⁾	1974 ²⁾	1975 ²⁾	1973 ¹⁾		1974		1975 ²⁾		
																	I	II	I ¹⁾	II ²⁾	I	II	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Land- und Forstwirtschaft	•	+ 1,0	— 3,2	+ 5,2	+ 7,8	— 11,2	+ 2,5	+ 11,8	+ 3,0	— 3,5	+ 1,2	+ 4,0	— 1,3	+ 3,2	•	•	+ 3,7	+ 2,7	+ 8,1	•	•	•	
Warenproduzierendes Gewerbe	•	+ 6,8	+ 4,3	+ 3,1	+ 8,9	+ 7,3	+ 2,5	— 2,5	+ 9,8	+ 10,7	+ 6,3	+ 2,4	+ 3,4	+ 5,9	•	•	+ 7,0	+ 4,8	+ 0,2	•	•	•	
Energiewirtschaft und Bergbau	•	+ 1,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,3	— 3,9	+ 3,7	+ 6,7	+ 9,7	+ 3,4	+ 3,3	+ 5,6	•	•	+ 6,0	+ 5,3	•	•	•	•	
Verarbeitendes Gewerbe	•	+ 7,1	+ 4,6	+ 3,2	+ 9,0	+ 8,5	+ 1,9	— 2,2	+ 11,5	+ 12,0	+ 5,9	+ 1,9	+ 3,1	+ 7,0	•	•	+ 7,8	+ 6,2	•	•	•	•	
Baugewerbe	•	+ 8,9	+ 3,8	+ 2,4	+ 10,8	+ 3,8	+ 5,5	— 3,4	+ 3,6	+ 5,5	+ 6,6	+ 5,2	+ 5,6	— 0,5	•	•	+ 2,7	— 3,2	•	•	•	•	
Handel und Verkehr	•	+ 4,3	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,3	+ 6,0	+ 2,2	+ 0,2	+ 5,0	+ 8,3	+ 6,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 4,6	•	•	+ 6,3	+ 3,1	+ 0,9	•	•	•	
Handel	•	+ 4,3	+ 5,1	+ 2,7	+ 4,2	+ 6,6	+ 2,3	+ 0,5	+ 3,7	+ 8,1	+ 5,8	+ 2,4	+ 2,0	+ 4,7	•	•	+ 6,8	+ 2,9	•	•	•	•	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	•	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 4,6	+ 4,6	+ 2,1	— 0,7	+ 8,1	+ 8,8	+ 6,8	+ 1,3	+ 2,7	+ 4,4	•	•	+ 5,1	+ 3,7	•	•	•	•	
Dienstleistungsunternehmen	•	+ 5,9	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,2	+ 6,1	+ 4,7	+ 3,4	+ 3,2	+ 4,8	+ 6,2	+ 4,9	+ 5,4	+ 5,2	•	•	+ 4,9	+ 5,6	+ 4,4	•	•	•	
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	•	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,6	+ 5,1	+ 4,6	+ 10,1	+ 3,5	+ 4,7	+ 7,4	+ 10,6	+ 5,8	+ 7,9	+ 6,0	•	•	+ 7,0	+ 5,1	•	•	•	•	
Sonstige Dienstleistungen	•	+ 5,7	+ 3,4	+ 4,0	+ 4,0	+ 6,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 4,1	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,0	•	•	+ 4,3	+ 5,7	•	•	•	•	
Staat	•	+ 5,9	+ 5,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,9	+ 5,3	+ 4,6	+ 5,4	+ 4,1	•	•	+ 4,2	+ 4,0	} + 4,0	•	•	•	
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	•	— 3,2	+ 0,7	+ 1,6	± 0,0	± 0,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3	•	•	+ 2,1	+ 2,4					
Wirtschaft insges.	•	+ 5,6	+ 4,0	+ 3,4	+ 6,8	+ 5,7	+ 2,8	— 0,2	+ 7,1	+ 8,2	+ 5,9	+ 2,9	+ 3,4	+ 5,3	+ ½	+ 2	+ 6,3	+ 4,4	+ 1,4	± 0	± 0	+ 3½	

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung des Sachverständigenrates

Quelle: Statistisches Bundesamt; Jahresgutachten 1974/75 des Sachverständigenrates

Tabelle 6: „Produktivität“ je Erwerbstätigen¹⁾ nach Wirtschaftszweigen von 1960 bis 1975
— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % —

Wirtschaftszweige	Jahresdurchschnitte																	Halbjahresdurchschnitte					
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972 ^{a)}	1973 ^{a)}	1974 ^{a)}	1975 ^{a)}	1973 ^{b)}		1974		1975 ^{b)}		
																	I	II	I ^{a)}	II ^{a)}	I	II	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Land- und Forstwirtschaft	·	+ 4,8	+ 0,9	+10,6	+12,9	— 7,3	+ 5,7	+18,3	+ 7,7	+ 1,7	+ 7,2	+ 9,7	+ 3,9	+ 7,6	·	·	+ 9,2	+ 6,1	+11,4	·	·	·	
Warenproduzierendes Gewerbe	·	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,1	+ 8,4	+ 5,9	+ 3,6	+ 3,6	+ 9,2	+ 7,2	+ 4,2	+ 2,7	+ 4,9	+ 5,8	·	·	+ 6,8	+ 4,9	+ 2,8	·	·	·	
Energiewirtschaft und Bergbau	·	+ 4,8	+ 7,7	+ 8,6	+ 6,5	+ 3,9	+ 6,8	+ 4,7	+10,5	+ 9,4	+ 8,0	+ 4,0	+ 6,5	+10,2	·	·	+11,0	+ 9,4	·	·	·	·	
Verarbeitendes Gewerbe	·	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 8,9	+ 6,5	+ 2,8	+ 3,2	+10,6	+ 7,4	+ 3,3	+ 2,5	+ 4,7	+ 6,5	·	·	+ 7,4	+ 5,6	·	·	·	·	
Baugewerbe	·	+ 6,4	— 0,4	— 2,2	+ 8,0	+ 3,8	+ 6,8	+ 5,3	+ 2,1	+ 5,2	+ 6,6	+ 4,3	+ 5,7	+ 0,3	·	·	+ 1,9	— 0,9	·	·	·	·	
Handel und Verkehr	·	+ 3,2	+ 4,5	+ 2,2	+ 4,9	+ 6,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 5,3	+ 7,8	+ 5,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 4,0	·	·	+ 5,5	+ 2,7	+ 2,6	·	·	·	
Handel	·	+ 2,9	+ 5,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 7,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 3,4	+ 7,1	+ 5,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 4,5	·	·	+ 6,4	+ 2,9	·	·	·	·	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	·	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,2	+ 5,1	+ 3,7	+ 0,9	+ 9,9	+ 9,3	+ 5,0	— 1,8	+ 0,7	+ 2,9	·	·	+ 3,5	+ 2,3	·	·	·	·	
Dienstleistungsunternehmen	·	+ 4,1	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,8	·	·	+ 4,3	+ 5,3	+ 4,0	·	·	·	
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	·	— 0,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 4,1	— 0,9	+ 1,3	+ 3,8	+ 6,2	+ 0,7	+ 4,1	+ 2,6	·	·	+ 3,6	+ 1,5	·	·	·	·	
Sonstige Dienstleistungen	·	+ 5,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,8	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,9	+ 5,5	·	·	+ 4,5	+ 6,4	·	·	·	·	
Staat	·	— 0,2	+ 0,2	+ 0,3	— 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	·	·	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,2	·	·	·	
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	·	+ 1,3	+ 9,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,9	+ 3,0	— 1,4	+ 2,8	+ 2,3	+ 3,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,6	·	·	+ 1,5	+ 1,8					
Wirtschaft insges.	·	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 6,7	+ 5,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 7,0	+ 6,6	+ 4,6	+ 2,6	+ 3,6	+ 5,0	+ 2½	+ 4	+ 5,9	+ 4,3	+ 2,9	+ 2½	+ 2½	+ 4½	

¹⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1962) je Erwerbstätigen

²⁾ Vorläufig

³⁾ Schätzung

Tabelle 7: Nettoproduktionswerte (in Preisen von 1962) und Beschäftigte in der Industrie¹⁾ nach Hauptgruppen für die Jahre 1966 bis 1968 und 1973 bis 1975

Hauptgruppen	Nettoproduktionswerte						Beschäftigte											
	1966	1967	1968	1973	1974 ²⁾	1975 ²⁾	1966	1967	1968	1973	1974 ²⁾	1975 ²⁾	1966	1967	1968	1973	1974 ²⁾	1975 ²⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						Personen in 1000						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Bergbau	— 4,8	— 6,9	+ 2,8	— 0,4	± 0	± 0	435,5	377,9	337,4	261,2	252,3	250	— 8,2	—13,2	—10,7	— 7,6	— 3,4	— 1
Verarbeitende Industrie	+ 1,5	— 2,6	+12,3	+ 7,7	— 1	+ 2	7949,3	7464,8	7562,0	8107,3	7889,6	7700	— 0,5	— 6,1	+ 1,3	+ 0,6	— 2,7	— 2½
davon Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	+ 3,5	+ 2,6	+14,2	+10,6	± 0	+ 2	1770,5	1670,0	1682,2	1746,9	1714,7	1670	— 1,9	— 5,7	+ 0,7	+ 0,3	— 1,8	— 2½
Investitionsgüterindustrie	— 0,9	— 7,1	+12,2	+ 8,9	— 1	+ 2	3617,3	3385,4	3466,4	3930,9	3893,4	3810	— 0,3	— 6,4	+ 2,4	+ 1,9	— 1,0	— 2
Verbrauchsgüterindustrie	+ 2,0	— 4,9	+14,2	+ 2,5	— 4½	+ 1	2040,0	1902,4	1908,2	1924,7	1791,5	1740	+ 0,4	— 6,7	+ 0,3	— 1,5	— 6,9	— 3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	+ 2,8	+ 1,8	+ 5,3	+ 3,3	+ 1½	+ 2	521,5	507,0	505,2	504,8	490,0	480	+ 0,2	— 2,8	— 0,4	— 0,3	— 2,9	— 2
Industrie insges.	+ 1,1	— 2,8	+11,8	+ 7,4	— 1	+ 2	8384,8	7842,7	7899,4	8368,4	8141,9	7950	— 0,9	— 6,5	+ 0,7	+ 0,3	— 2,7	— 2½

¹⁾ Hauptbeteiligt, Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

²⁾ Schätzung (1974: IV. Quartal geschätzt)

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin); eigene Berechnungen